



Der Landeswahlleiter

THURINGEN

Der Landeswahlleiter Thüringen • Postfach 90 01 63 • 99104 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landesamt für Statistik

Büro des Landeswahlleiters

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:

(bei Antwort bitte angeben)

Erfurt, 13. Januar 2021

Seltenanzahl: 15

Stellungnahmen Drucksache 7/2043

**„Gesetzentwurf - der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften“
hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zum „Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften – DS 7/2043“.

Am 28. Februar 2020 wurde von den Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der CDU ein Protokoll unterzeichnet, der sogenannte Stabilitätspakt.

In Punkt 5 dieses Protokolls wurde der 25. April 2021 als Termin für eine vorgezogene Neuwahl des Thüringer Landtags gemäß Artikel 50 (2) der Verfassung terminiert. Artikel 50 (2) lautet:

„(2) Die Neuwahl wird vorzeitig durchgeführt,

1. wenn der Landtag seine Auflösung mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder auf Antrag von einem Drittel seiner Mitglieder beschließt,
2. wenn nach einem erfolglosen Vertrauensantrag des Ministerpräsidenten der Landtag nicht innerhalb von drei Wochen nach der Beschlussfassung über den Vertrauensantrag einen neuen Ministerpräsidenten gewählt hat.

Über den Antrag nach Nummer 1 darf frühestens am elften und muss spätestens am 30. Tag nach Antragstellung offen abgestimmt werden. Die vorzeitige Neuwahl muss innerhalb 70 Tagen stattfinden.“

Um am 25. April 2021 eine Landtagswahl in Thüringen durchführen und damit auch die 70-Tage-Frist einhalten zu können, müsste sich der Thüringer Landtag Mitte Februar 2021 mit einer $\frac{2}{3}$ Mehrheit auflösen.

Bevor ich detailliert zu den rechtlichen und wahlorganisatorischen Aspekten Stellung beziehe, möchte ich zunächst einige grundsätzliche Anmerkungen zur vorliegenden Drucksache ausführen.

Postanschrift: Postfach 90 01 63
99104 Erfurt
Hausanschrift: Europaplatz 3
99081 Erfurt

Telefon:
Telefax:

Internet: <http://www.wahlen.thueringen.de>

Die angegebenen E-Mail-Adressen dienen nicht dem Empfang von elektronischen Dokumenten mit qualifizierter elektronischer Signatur.

Die Notwendigkeit entsprechender Vorkehrungen im Wahlgesetz bei Auftreten eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes durch eine Pandemie dürfte unstrittig sein und sich auf alle Phasen einer durchzuführenden Wahl auswirken.

Dies betrifft insbesondere in Pandemiezeiträumen oder im Katastrophenfall

- a) das Aufstellverfahren der Wahlbewerber,
- b) das Absenken von Quoren im Zulassungsverfahren,
- c) das Schaffen von Möglichkeiten der Wahrnehmung des Wahlrechts auch unter Pandemiebedingungen,
- d) den Schutz von Leib und Leben der Wähler, der Bediensteten im kommunalen Bereich, der Wahlorgane sowie der über 30.000 ehrenamtlichen Wahlhelfer.

Der vorliegende Gesetzentwurf greift meines Erachtens sämtliche für eine vorzeitig durchzuführende Wahl unter Pandemiebedingungen zu regelnden Aspekte klar strukturiert auf und begründet diese umfänglich.

Meines Erachtens wäre es wünschenswert, wenn diese auf das Jahr 2021 bezogene gesetzliche Novellierung (DS 7/2043) grundsätzlich im Thüringer Landeswahlgesetz und in der Thüringer Landeswahlordnung verankert werden würde, um auch zukünftig für die Landtagswahl bei vorzeitiger Auflösung oder bei Pandemie-/Katastrophenfällen auf eine gesetzliche Grundlage zurückgreifen zu können.

Die Fragestellung, ob es noch weitere, ggf. andere Wege und Organisationsformen sowie mildere bzw. geeignetere Mittel gibt um die Zielstellung

– Rechtssichere Durchführung von Wahlen unter Pandemiebedingungen –

zu gewährleisten, wird die Diskussion im parlamentarischen Raum zeigen.

Die DS 7/2043 ist hierzu eine sehr gute Grundlage.

Anmerken möchte ich jedoch an dieser Stelle, dass das Zeitfenster für das Novellierungsvorhaben (mit Neuwahltermin 25. April 2021) sehr klein ist und damit die Gefahr von Rechtsunsicherheiten bei eventuell zu erwartenden Klagen bzw. Normenkontrollverfahren (Gesetz und Organisation) in sich birgt. Eine Verabschiedung des Gesetzes im 1. Plenum des Jahres 2021 (3.-5. Februar 2021) und eine mögliche Auflösung des Thüringer Landtags am 14. (Sonntag) bzw. 15. (Montag) Februar verdeutlicht das sehr enge Zeitfenster. Die vom Wahlgesetz erforderlichen Aktivitäten, wie zum Beispiel:

- Veröffentlichung des Gesetzes im Gesetz- und Verordnungsblatt,
- Veröffentlichung des Wahltermins durch die Landesregierung im Thüringer Staatsanzeiger,
- die Herausgabe von zusätzlichen Organisationsanweisungen (Landeswahlleiter, Kreiswahlleiter, Gemeindeverwaltung),
- Schulung und Gewinnung von 30.000 ehrenamtlichen Wahlhelfern,
- Beschaffung zusätzlicher Materialien (Briefwahlunterlagen, Infektionsschutzmittel)

sind darüber hinaus noch Arbeitsschritte, die ein sehr zeitnahes Handling erfordern, um den im Stabilitätspakt fixierten Wahltermin (25. April 2021) rechtssicher umzusetzen.

An dieser Stelle sei ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass eine **zwingende Notwendigkeit** der Durchführung der Neuwahl am 25. April 2021 auf Grund einer zu Ende gehenden Legislaturperiode, wie zum Beispiel in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, **rechtlich nicht besteht**. Die Entscheidung zum Neuwahltermin 2021 treffen gemäß Verfassung Artikel 50 (2) die Abgeordneten des Thüringer Landtags.

Für sämtliche Parteien und Wahlorgane ist das Zusammentreffen nachfolgender Faktoren:

- verkürzte Fristen,
- Corona-Pandemie,
- zum Teil noch nicht rechtsicher verabschiedete Rahmenbedingungen (Gesetz),
- zu erwartende zusätzliche Kosten

ebenfalls „Neuland“; auf Erfahrungswerte aus anderen Bundesländern oder des Bundes kann zurzeit nicht zurückgegriffen werden. Sämtliche Wahlorgane und ehrenamtliche Helfer in Thüringen werden sich, und da bin ich mir recht sicher, mit hohem Einsatz den großen Herausforderungen im Superwahljahr stellen.

Der gesundheitlichen Unversehrtheit in Corona-Zeiten für alle Beteiligten (Parteimitglieder, Wahlorgane, Gemeinden, Wähler) muss meines Erachtens bei der Bewertung der Maßnahmen höchste Priorität eingeräumt werden. Nachfolgend werde ich zu den einzelnen Novellierungsvorhaben, unter Berücksichtigung oben angeführter Aspekte, Stellung nehmen.

§ 1

(1) Für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen im Jahre 2021 gelten die nachfolgenden Regelungen an Stelle der entsprechenden Regelungen im Thüringer Landeswahlgesetz und der Thüringer Landeswahlordnung.

(2) Die Bestimmungen der Thüringer Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen im Thüringer Landeswahlgesetz und in der Thüringer Landeswahlordnung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Landtags vom 27. Februar 2020 (GVBl. S. 89) bleiben unberührt.

Hierzu keine Anmerkung.

§ 2 Absatz 1

Für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen des Landtags sind in den Fällen des § 22 Abs. 2 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz 125 und des § 29 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz 500 eigenhändig unterzeichnete Unterschriften von Wahlberechtigten notwendig.

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Die Ausführungen im § 2 (1) beziehen sich auf das Absenken der Unterstützungsunterschriften bei vorzeitig stattfindenden Wahlen von Wahlkreisvorschlägen der Parteien von 250 Unterstützungsunterschriften auf 125, welches – auch im Vergleich zu den Regelungen anderer Bundesländer – meine Zustimmung erfährt. Da hierdurch auch eine Reduktion des Aufwandes in den Einwohnermelderegistern bei der Bestätigung der Wahlberechtigung der Unterstützer verbunden ist, trägt dies zu einer Minimierung der schon hohen Arbeitsspitzen in den Gemeinden, auf Grund der Vorbereitung der Ziehung der Wählerverzeichnisse, des Versands der Wahlbenachrichtigungskarten und der personellen Absicherung der Wahl bei.

Der Vorschlag wird überdies unterstützt, da zum Sammeln der Unterstützungsunterschriften (bei regulär endenden Legislaturperioden ca. 1 ½ Jahre) sehr wenig Zeit (ca. 1 Monat bei vorgezogenen Wahlen) zur Verfügung steht.

Die o.g. Ausführungen gelten sinngemäß auch für das Absenken der Unterstützungsunterschriften der Landesliste von 1.000 auf 500. Mit der vorgeschlagenen Absenkung wird m. E. die erforderliche Unterstützung des Wählers für den betreffenden Wahlvorschlag hinreichend dokumentiert. Ob ein weiteres Absenken der Anzahl der Unterstützungsunterschriften angezeigt erscheint, liegt im Ermessen des Parlaments.

Ergänzt werden muss zwingend die Regelung des Gesetzentwurfes für den Absatz 3 andere Wahlvorschläge (Einzelbewerbungen). Auch hier muss unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung die Absenkung der Unterstützungsunterschriften auf 125 erfolgen.

Vorschlag: ... sowie § 22 Absatz 3 Satz 1 ThürLWG ...

§ 2 Absatz 2

(2) Die Parteien können für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen auch ohne Ermächtigung in der Satzung ihre Bewerber für die Landtagswahl in den Versammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 Thüringer Landeswahlgesetz auch gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie wählen.

Die Regelung im § 2 (2) stellt eine Erweiterung des § 23 (1) ThürlWG dar, in dem weitere Möglichkeiten zur derzeitigen Präsenzpflcht für das Bewerberaufstellverfahren rechtlich zugelassen werden; dass heißt, das Mitglieder auch ohne physische Präsenz ihre Rechte, zu denen das Wahlrecht zur Aufstellung von Bewerbern gehört, ausüben können.

Durch die Anwendung/Rückbezug des § 5 Abs. 2 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vom 27.3.2020 sind im Artikel 1 § 2 (2) der Drucksache 7/2043 die gesetzlichen Rahmenvoraussetzungen auch im Landeswahlrecht geschaffen worden, um ohne Satzungsänderung virtuelle Mitgliederversammlungen, zu den auch die Bewerberaufstellverfahren gehören, für alle Mitglieder zu ermöglichen.

Das Ausüben von Stimmrechten wird somit ebenfalls unter Pandemiebedingungen rechtlich abgesichert.

Votum: Zustimmung

§ 2 Absatz 3

(3) Darüber hinaus können die Parteien für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen auch ohne Ermächtigung in der Satzung ihren Mitgliedern ermöglichen, die Bewerber ausschließlich im Wege der elektronischen Kommunikation oder in der Form der Briefwahl zu wählen, wenn die Durchführung von Versammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 Thüringer Landeswahlgesetz für die Partei aufgrund der örtlichen Pandemiesituation nicht möglich oder zu erwarten ist, dass aufgrund der Pandemiesituation ein wesentlicher Teil der Mitglieder ihr Wahlrecht andernfalls nicht ausüben können. Im Falle der Durchführung der Wahl im Wege der elektronischen Kommunikation ist die Schlussabstimmung in geheimer Abstimmung per Briefwahl durchzuführen. Die Parteien haben auf geeignete Weise durch schriftliche Versicherung an Eides Statt durch den Leiter der Versammlung und zwei von der Versammlung bestimmten Teilnehmern gegenüber dem Wahlkreisausschuss nachzuweisen, dass die Wahl der Bewerber in den Formen des Satzes 1 unter Beachtung der Grundsätze der Geheimheit der Wahl erfolgt ist. Satz 3 gilt entsprechend für den Nachweis der Aufstellung der Landesliste gegenüber dem Landeswahlausschuss. Der Landeswahlleiter kann den Parteien Anwendungshinweise für den Inhalt und die Gestaltung der Nachweise geben. § 23 Abs. 6, § 29 Abs. 6 Thüringer Landeswahlgesetz sowie § 32 Abs. 5 und § 37 Abs. 4 Thüringer Landeswahlordnung finden im Übrigen sinngemäße Anwendung.

Durch § 2 (3) werden die Handlungsoptionen für Parteien nochmals für nachfolgende Szenarien erweitert:

- (1) Lockdown und Ausgangsbeschränkungen
- (2) Verbot von Veranstaltungen und Versammlungen
- (3) Teilnahme von Personengruppen, für die trotz Beachtung von Hygienevorschriften aus Gründen gesundheitlicher Vorsicht, ein persönliches Erscheinen nicht möglich oder zumutbar ist.

Grundlage für die Punkte (1) bis (3) sind die Ausführbestimmungen in den geltenden Corona-Verordnungen oder die Allgemeinverfügungen der zuständigen Gesundheitsämter.

An dieser Stelle muss ich darauf hinweisen, dass die Festlegungen in den Verordnungen bzw. Verfügungen zum Teil erhebliche Unterschiede aufweisen, da die regionalen Gesundheitsämter eine nochmalige Anpassung vornehmen. Dies erscheint aus dem Blickwinkel des Gesundheitsschutzes nachvollziehbar, aus der Sicht des Wahlrechts äußerst problematisch.

Bei der Erstellung zukünftiger Corona-Verordnungen muss dieser Aspekt durch geeignete Regelungen berücksichtigt werden. Eine Konkludenz der Festlegungen auf territorialen Ebenen ist zwingend erforderlich um keinen Anlass für spätere Wahlanfechtungen zu geben.

Das Festlegen der Durchführungsform von Aufstellverfahren der Parteien obliegt nach § 2 (3) vollumfänglich **deren Einschätzung** der Situation „vor Ort“.

Die Formulierung „... es sich aber für die Partei erkennbar abzeichnet, dass auf Grund der Pandemiesituation ein wesentlicher Teil der Parteimitglieder aus Gründen der gesundheitlichen Vorsicht – etwa, weil diese sich den durch das Corona-Virus besonders gefährdeten Personengruppen – an einer Präsenzveranstaltung nicht teilnehmen wird. ...“, eröffnet einen sehr weiten Handlungsspielraum.

Vorschlag: Die Versicherung an Eides Statt, dass die Mindeststandards der Wahlrechtsgrundsätze im Bewerberaufstellverfahren eingehalten wurden, sollte **darüber hinaus** durch eine normierte Anlage zur Landeswahlordnung, in dem auch das gewählte Verfahren beschrieben und begründet wird, ergänzt werden.

Eine abschließende redaktionelle Anmerkung:

Korrektur § 2 Absatz 3, letzter Satz:

„... § 29 Abs. 6 Thüringer Landeswahlgesetz sowie § 2 Abs. 5...“ (§ 2 Abs. 5 ist nicht korrekt. Richtig ist § 32 Abs. 5)

zu § 2 Absatz 4

(4) Der Wahlkreisausschuss hat die Wahlvorschläge zurückzuweisen, wenn sie den Anforderungen dieses Gesetzes nicht entsprechen. Satz 1 gilt entsprechend für die Entscheidung des Landesausschusses über die Zulassung der Landeslisten. § 28 Abs. 1 Satz 2 und § 30 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz bleiben im Übrigen unberührt.

Die Prüfung der eingereichten Wahlvorschläge (u.a. Angaben zur Person und deren Platzierung, Wählbarkeitsbescheinigungen ...) erfolgt gemäß dem bisher praktizierten Checklistenprinzip.

Die Prüfung bzgl. des Einhaltens der Mindeststandards von Wahlrechtsgrundsätzen sowie der Beschreibung und Begründung des gewählten Aufstellverfahrens (siehe Vorschlag zu § 2 (3)) mittels eidesstattlicher Erklärung kann seitens der Wahlausschüsse nur formal an Hand der beiden o.a. Anlagen zur ThürLWO vorgenommen werden.

Begründung:

Absatz 2 und 3 räumen den Parteien sehr große Entscheidungsspielräume bzgl. der Organisationsformen von Aufstellveranstaltungen (Präsenz, Digital, Hybrid, Teilveranstaltungen, ...) sowie der Möglichkeiten der Abstimmung (Präsenzabstimmung, elektronische Abstimmung, Briefwahl) und des damit verbundenen Kandidatenaufstellverfahrens ein, die durch die Wahlausschüsse nur begrenzt bewertbar und somit nachprüfbar sind. Eine nachträgliche Bewertung auf Grund der unterschiedlichen territorialen und zeitlichen Aspekte sowie der Frage, ob es andere geeignetere und angemessenere Formen der Aufstellung von Bewerbern gegeben hätte, sind in dem kleinen Zeitfenster einer vorgezogenen Wahl kaum möglich.

Terminleiste, ausgerichtet am 25. April 2021:

- | | |
|---|---|
| 37. Tag vor der Wahl: Freitag, 19.3.2021 | 18 Uhr - Ende für das Einreichen der Wahlvorschläge (Landesliste, Wahlkreisvorschlag) |
| 34. Tag vor der Wahl: Dienstag, 22.3.2021 | Sitzung der Wahlausschüsse – Zulassung Wahlvorschläge und Bekanntmachung |

Die schriftliche Versicherung an Eides Statt durch den Leiter der Versammlung und zwei von der Versammlung bestimmten Teilnehmern gegenüber den Wahlausschüssen (Landesausschuss für die Landesliste bzw. Wahlkreisausschüsse für die Wahlkreisvorschläge), dass die

Bewerberwahl unter den Grundsätzen der Geheimheit der Wahl stattgefunden hat, stellen einen wesentlichen Prüfpunkt dar (formuliert in Anlage 15 ThürLWO).

Die darüber hinaus einzufordernden Nachweise von Parteien zur Wahl der Organisationsform und des -verfahrens bergen ein auf Grund der Unterschiedlichkeiten der Rahmenbedingungen (Höhe der Covid-Inzidenzen in den einzelnen Regionen) bei der Prüfung der Angemessenheit der gewählten Wege, keinen einheitlichen Prüfmaßstab für die Wahlausschüsse. Sie können lediglich informatorischen Charakter haben und darlegen, dass im Rahmen der Möglichkeiten des Gesetzes aufgestellt wurde.

Die Gefahr für eine nach der Wahl erhobene Beschwerde ist auf Grund der Vielfältigkeit und damit der Interpretationsmöglichkeit gegeben. Sollten alle Möglichkeiten als gleichwertig angesehen werden, dann müsste dies im Gesetzestext deutlicher zum Ausdruck kommen.

An dieser Stelle möchte ich abschließend betonen, dass es keinerlei Erfahrungswerte in Deutschland (Pandemie und vorgezogene Neuwahlen) gibt.

Vorschlag:

Die „Anwendungshinweise“ sind deshalb durch eine Anlage der ThürLWO zu ersetzen, um die Rechtssicherheit für die Parteien zu erhöhen. (Verantwortlich: Gesetzgeber). Der Landeswahlleiter bzw. die Kreiswahlleiter als Vorsitzende der Wahlausschüsse sind in prüfender Funktion bzgl. der Zulassung i.S. des Gesetzes tätig.

Ein gleichzeitiges und unter Umständen weitreichendes Handling eines Wahlorgans in den Wirkungskreis von Parteien (Parteienautonomie) halte ich für nicht geboten.

Ich bitte deshalb um Änderung:

- 1) Einfügung gemäß Anlage ... ThürLWO
- 2) Streichung des Satzes: „Der Landeswahlleiter kann den Parteien Anwendungshinweise für den Inhalt und die Gestaltung der Nachweise geben.“, da diese in der Anlage zur ThürLWO involviert und damit amtlich sowie rechtsverbindlich sind.

§ 3

Die Wahl dauert von 8 Uhr bis 20 Uhr. Sobald die Wahlzeit abgelaufen ist, wird dies vom Wahlvorsteher bekannt gegeben. Von da ab sind nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zuzulassen, die vor Ablauf der Wahlzeit erschienen sind und sich im Wahlraum oder aus Platzgründen davor befinden. Nach Ablauf der Wahlzeit eintreffenden Personen ist der Zutritt zur Stimmabgabe zu sperren. Nachdem die vor Ablauf der Wahlzeit erschienenen Wähler ihre Stimme abgegeben haben, erklärt der Wahlvorsteher die Wahlhandlung für geschlossen.

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Der Vorschlag die Wahlzeit bis 20 Uhr zu verlängern wird äußerst kritisch gesehen und sollte daher nicht mehr weiterverfolgt werden. Ich verweise auch diesbezüglich auf die Stellungnahmen der Kreiswahlleiter (Anlage 2).

Nachfolgende Gründe sprechen **gegen eine Verlängerung bis 20 Uhr:**

- a) Im Artikel 2 § 56 zur Änderung der Thüringer Landeswahlordnung (DS 7/2043) werden Vorkehrungen getroffen, analog der Bundesregelung, dass Wähler die bis 18 Uhr zur Stimmabgabe erschienen sind, auch zur Wahl zugelassen werden. Ich habe mich selbst bei der Sitzung der Landeswahlleiter beim Bundeswahlleiter in Auswertung der Europawahl 2019 für diese Klarstellung in der Wahlordnung ausgesprochen, da durch die gravierenden Unterschiede in den örtlichen Bedingungen (Wahlraumgröße etc.) der Gleichbehandlungsgrundsatz zwingend beachtet werden muss, bei gleichzeitiger Rechtssicherheit in den Wahlvorständen.
- b) Nach Einschätzung der Wahlorgane ist die im Artikel 2 § 56 aufzunehmende Regelung, ausreichend, da ein Zulauf in der Zeit von 18 Uhr bis 20 Uhr nicht zu erwarten ist.
- c) Durch die Einhaltung der Corona-Hygienemaßnahmen kommt es zwar zu zeitlichen Mehraufwendungen, die sich jedoch über die 10 Stunden-Öffnungszeit der Wahllokale ausgleichen werden.

- d) Bei Zusammenlegung mit anderen Wahlen, zum Beispiel Bundestagswahl (26.9.2021), würde es darüber hinaus zu unterschiedlichen Endzeiten von Wahlzeiten kommen; Für Wähler nicht vermittelbar!
- e) Die physische Belastung der über 30.000 Wahlhelfer, viele in der Altersgruppe 60+, ist bei einer Landtagswahl unter Pandemiebedingungen durch eine zusätzliche Verlängerung der Wahlzeit um 2 Stunden extrem hoch (u.a. Mund-Nasen-Bedeckung, Desinfizieren, regelmäßiges Lüften der Wahlräume).

§ 4

¹Bei der Einrichtung der Wahlräume und für die Durchführung der Wahlhandlung haben die Gemeinden ein Infektionsschutzkonzept zu erstellen. ²Die Gesundheitsbehörden unterstützen die Gemeinden und die Wahlorgane bei der Erstellung der Infektionsschutzkonzepte. ³Die Wahlberechtigten haben in den Wahlräumen eine Mund-Nase-Bedeckung zu tragen. Die §§ 3 bis 5 der Zweiten Thüringer SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung vom 7. Juli 2020 (GVBl. S. 349), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. Oktober 2020 (GVBl. S. 544), finden im Übrigen sinnngemäße Anwendung; eine Kontaktnachverfolgung findet nicht statt.

Zu den einzelnen Passagen der Ausführungen in § 4 nehme ich wie folgt Stellung:

Satz 2: „Die Gesundheitsbehörden unterstützen die Gemeinden und die Wahlorgane bei der Erstellung der Infektionsschutzkonzepte.“

Die Gesundheitsbehörden müssten rechtzeitig, das heißt meines Erachtens schon bei Auflösung des Thüringer Landtags den Gemeinden die Unterstützung zukommen lassen, da diese für eventuell noch zu tätigende Beschaffungsmaßnahmen (Materialien für Infektionsschutz) einen zeitlichen Vorlauf benötigen.

Bei dem im Infektionsschutzgesetz für ca. 3.000 örtlich unterschiedlich von der Infektion (Inzidenzen) betroffenen Urnen-/Briefwahlwahlbezirke, sind auch die im Wahlgesetz am Wahltag involvierten Gemeindeverwaltungen (Beantragung von Briefwahlunterlagen u.a. bei plötzlicher Erkrankung) zu berücksichtigen.

Es ist durch das Sozialministerium zu prüfen, ob auf Grund der Einheitlichkeit ein „Rahmeninfektionsschutzkonzept“ vorgegeben werden kann; welches nach den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten erweitert/angepasst werden sollte.

Des Weiteren ist es zwingend erforderlich, dass die bereits im I. Quartal 2021 zu erlassenden infektionsschutzrechtlichen Verordnungen und die mit der DS 7/2043 fixierten wahlrechtlichen Möglichkeiten aufeinander **abgestimmt** und **kompatibel** sind.

Dieser Sachverhalt gilt sowohl inhaltlich als auch unter territorialen Aspekten für die bereits ab Mitte Februar 2021 stattfindenden Wahlbewerberaufstellverfahren sowie für den ggf. zu ermöglichenden Urnenwählergang am 25. April 2021 trotz allgemeinen Beschränkungen in öffentlichen Räumen.

Ist der gesundheitlich wahlrechtliche Notstand festgestellt (siehe auch § 5), entfallen laut DS 7/2043 sämtliche Möglichkeiten einer Urnenwahl. Ein „Verändern“ dieser Festlegung durch Landkreise und kreisfreie Städte muss durch die Infektionsschutzverordnung ausgeschlossen werden.

zu § 4 Satz 3: „Die Wahlberechtigten haben in den Wahlräumen eine Mund-Nase-Bedeckung zu tragen.“

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Die Regelung zum Tragen des Mund-Nase-Bedeckung bezieht sich lediglich auf den Wahlraum und sollte zur Klarstellung, auch bezugnehmend auf § 3 der Änderung zum Wahlgesetz, auf die Örtlichkeit „...aus Platzgründen davor ...“ erweitert werden.

Eine Klarstellung, dass das Wählen ohne Mund-Nase-Bedeckung nicht gestattet wird, ausgenommen Wähler mit ärztlichem Attest (Vorzeigen ist Bedingung), sollte im Gesetzestext ausdrücklich erfolgen, damit das Hausrecht des Wahlvorstehers bei Verweisen rechtlich zweifelsfrei abgesichert ist.

Auch eine ggf. stattfindende Wahlbeobachtung durch Bürger muss mit Mund-Nase-Bedeckung abgesichert werden.

§ 5

(1) Im Falle der Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands nach Beginn des Laufs der Frist des Artikels 50 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen im gesamten Wahlgebiet, in einem Wahlkreis oder in einem Teil eines Wahlkreises kann der Landeswahlausschuss durch Beschluss anordnen, dass die Wahl in dem betreffenden Gebiet ausschließlich in der Form einer Briefwahl durchgeführt wird. Der Beschluss ist in entsprechender Anwendung der §§ 1 und 9 Verkündungsgesetz zu verkünden. Die Einrichtung von Briefwahllokalen ist ausgeschlossen; bereits eröffnete Briefwahllokale sind unverzüglich zu schließen. Die Unterlagen für die Briefwahl sind unverzüglich zu übersenden. Der Landeswahlleiter und die Kreiswahlleiter treffen die notwendigen organisatorischen Vorsorgemaßnahmen, eine solche Anordnung unverzüglich umzusetzen.

(2) Ein wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand liegt vor, wenn im gesamten Wahlgebiet, einem Wahlkreis oder in einem Teil eines Wahlkreises eine übertragbare Krankheit im Sinne des Infektionsschutzgesetzes in der Bevölkerung so zahlreich oder in so schwerer Ausprägung auftritt oder aufzutreten droht, dass dadurch Gesundheit und Leben einer Vielzahl von Menschen auch unter Berücksichtigung der Infektionsschutzkonzepte ernsthaft gefährdet erscheint und es für die Wahlberechtigten unzumutbar ist, zum Zwecke der Stimmabgabe einen Wahlraum aufzusuchen. Ein Gesundheitsnotstand kann insbesondere vorliegen, wenn im Wahlgebiet oder in Teilen davon Zusammenkünfte jeglicher Art aufgrund von Maßnahmen und Anordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz durch die Gesundheitsbehörden untersagt worden sind.

(3) Der Landtag stellt den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand fest, wenn das gesamte Wahlgebiet betroffen ist. Im Übrigen stellt die Landesregierung im Einvernehmen mit dem für das Gesundheitswesen zuständigen Landtagsausschuss den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand fest. Das für den Gesundheitsschutz zuständige Ministerium bereitet unter Berücksichtigung der Ergebnisse der infektionsepidemiologischen Auswertungen des Robert Koch-Institutes gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 3 Infektionsschutzgesetz die Entscheidung der Landesregierung vor. Die Entscheidung des Landtags geht der Entscheidung der Landesregierung vor. Über die Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands sowie die wesentlichen Gründe der Entscheidung ist der Landeswahlleiter unverzüglich zu unterrichten.

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Im § 5 wird ein Kernpunkt des Gesetzesvorhabens angesprochen, welches sich in nachfolgende Aspekte strukturiert:

1. Definition des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes und deren Kriterien
2. Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes
3. Briefwahl (Verfassungsrechtliche Bewertung, Voraussetzungen) und deren Anordnung (gesamt; partiell)
4. Organisatorische Erfordernisse, Zeitfenster und Kosten

zu Punkt 1. Definition des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes und deren Kriterien

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

In Absatz 2 wird für den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand beschrieben und ausgeführt, dass dieser vorliegen **kann**, wenn im Wahlgebiet (Thüringen) oder in Teilen davon Zusammenkünfte jeglicher Art aufgrund von Maßnahmen und Anordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz durch die Gesundheitsbehörden **untersagt** worden sind.

Wahlen, das ist eines der wesentlichen Grundsätze, müssen nach einheitlich gestalteten Vorgaben (Rahmenbedingungen) durchgeführt und transparent ausgestaltet werden, um 100-prozentige Rechtssicherheit sowie Transparenz zu gewährleisten und um jegliche Klagemöglichkeiten nach der Wahl auszuschließen bzw. auf ein vertretbares Maß zu minimieren. "Kann-Regeln" von Gesundheitsexperten fixiert, bieten hier meines Erachtens zu viel Interpretationsspielraum. Die nachfolgenden Entscheidungsträger (Thüringer Landtag, Thüringer Landesregierung mit

Landtagsausschuss) haben in Anbetracht des Zeitfensters (sehr, sehr kurze Zeit) kaum genügend Zeitressource. Diese Zeit fehlt bei dem überdies schon sehr eng terminierten Terminreglement der Vorbereitung einer vorgezogenen Landtagswahl. Bei unterschiedlichen COVID-19-Bewertungen von Land und Kommunen und deren einzuleitenden Folgemaßnahmen stellt sich zwangsläufig die Frage nach Vorrang und Kongruenz.

Eine, wenn möglich an eindeutigen Parametern festgelegte Vorgehensweise (z. B. Inzidenzhöhe → wenn erreicht, dann folgende Maßnahme), würde zum einen Transparenz schaffen sowie Probleme bei der Festlegung der Wahlrechtsfolge minimieren. Des Weiteren müssen klare Regelungen in der Fortschreibung der Corona-Regelung getroffen werden, ob im Fall von Beschränkungen des Verlassens der häuslichen Unterkunft der Wahlberechtigte **dennnoch** zur Abgabe der Stimme die Wahlräume aufsuchen darf (Ausnahmeregelung). Diese Regelung muss vom Land getroffen werden und ist durch die Gesundheitsämter vor Ort nicht mehr zu verändern.

Des Weiteren weise ich an dieser Stelle darauf hin, dass meines Wissens die Gesundheitsbehörden vor Ort ebenfalls noch gewisse Veränderungsmöglichkeiten in den Verordnungen nutzen, um regionale Anpassungen vorzunehmen. Meines Erachtens ist es daher zwingend notwendig in den Corona-Infektionsschutzverordnungen des Landes bzgl. der Durchführung von Wahlen eine vertretbare **Einheitlichkeit**, die sich in den inhaltlichen Ausführungen widerspiegelt (ggf. **separate Ausführung für Wahlen**), zu fixieren. Die Wahlorgane und Gemeinden benötigen zudem klare Rahmenbedingungen in einem machbaren Zeitfenster (siehe Ausführungen Punkt 3 und zu § 4 der DS 7/2043).

zu Punkt 2. Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes

Hierzu führe ich aus:

Gemäß dem Gesetzentwurf stellt

- a) der Thüringer Landtag für das gesamte Wahlgebiet
- b) die Landesregierung mit dem benannten Ausschuss des Thüringer Landtags für Teile des Wahlgebietes

den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand fest.

Als beschließendes Gremium fungiert der Landeswahlausschuss (Wahlorgan); eine Anhörung von Gesundheitsexperten ist möglich. Der Beschluss wird durch Abstimmung der Mitglieder herbeigeführt und im Sitzungsprotokoll fixiert. Ein Verkünden des Beschlusses in Anwendung der §§ 1 und 9 Verkündungsgesetz halte ich für entbehrlich.

Bei der weiteren Verfahrensweise und Organisation zu einem wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand (gesamtes Wahlgebiet oder territorial begrenzt) ist der Aspekt des „Zeitpunktes des Eintretens“ entscheidend.

Hierbei sind, ausgehend vom Feststellungstermin, 3 Fallkonstrukte möglich:

1. Feststellungstermin bis zum 35. Tag vor der Wahl

Bei der Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes bis zum 35. Tag vor der Wahl erhalten alle betroffenen Wahlberechtigten die Briefwahlunterlagen zugesandt (von Amtswegen, das heißt ohne persönliche Beantragung). Alle Wahlberechtigten erhalten im Wählerverzeichnis den Sperrvermerk „W“ (Briefwahl).

2. Feststellungstermin nach dem 35. Tag vor der Wahl bis zum 5. Tag vor der Wahl

Bei einer Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes nach dem 35. Tag vor der Wahl aber bis zum 5. Tag vor der Wahl, erhalten alle Wahlberechtigten des betreffenden Wahlgebietes von Amtswegen die Wahlbenachrichtigung, ausgenommen diejenigen, für die im Wählerverzeichnis durch den Eintrag des Sperrvermerks „W“ bereits ein Postversand der Briefwahlunterlagen erfolgt ist. Hierdurch wird ein doppelter Versand der Briefwahlunterlagen im bereits angelaufenen Briefwahlzeitraum ausgeschlossen.

3. Feststellungstermin nach dem 5. Tag vor der Wahl bis zum Wahltag

Erfolgt die Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes nach dem 5. Tag vor der Wahl bis zum Wahltag, kann durch den zeitlichen Aspekt begründet (Versand, Postwegzeiten, u.a.) eine **Nachwahl** in den betreffenden Gemeinden des Wahlkreises terminiert werden. Den

Zeitpunkt der Nachwahl legt der Landeswahlausschuss fest. Eine Nachwahl für den gesamten Wahlkreis ist nicht erforderlich.

zu Punkt 3. Briefwahl (Voraussetzung, verfassungsrechtliche Bewertung) und deren Anordnung (gesamt, partiell)

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Das Umswitchen von Urnen- und Briefwahl auf ggf. nur Briefwahl kann nur die **letzte Möglichkeit** – Ultima Ratio – darstellen, um eine Wahl, unter Pandemiebedingungen bzw. im Katastrophenfall durchzuführen. Ich gehe davon aus, dass die vom Gesetzgeber angedachte Maßnahme (Briefwahanordnung von Amtswegen) nur auf die betreffenden Gemeinden abzielt und nicht auf den gesamten Wahlkreis. Sollte dies der Fall sein, mache ich darauf aufmerksam, dass innerhalb eines Wahlkreises unterschiedliche Wahlverfahren zum Einsatz kommen. Dieser Aspekt muss bei rechtlicher Bewertung der „nur Briefwahl“ Berücksichtigung finden.

Die Ausführungen in der Begründung zur Drucksache 7/2043

„... Die Antragsteller sind sich der verfassungsrechtlichen Dimension der hier vorgeschlagenen Regelung für den absoluten Ausnahmefall und als Ultima Ratio in einem Gesundheitsnotstand, der eine Wahl in einem Wahllokal grundsätzlich und absolut ausschließt, bewusst.“

werden aus der Sicht des Landeswahlleiters in der von den Antragstellern dargelegten Form, ebenfalls rechtlich so bewertet.

Die verfassungsrechtliche Dimension von „nur Briefwahl“, dass heißt dem Ausschluss einer Urnenwahlmöglichkeit, sollte meines Erachtens durch das Thüringer Verfassungsgericht mittels eines Normenkontrollverfahrens abschließend überprüft werden, da diese Thematik bereits bundesweit kontrovers bewertet wurde und immer noch wird. Hierbei wird auch zu bewerten sein, ob bei der vorgezogenen Landtagswahl in Thüringen durch die Festlegung des Wahltermins 25. April 2021 in Punkt 5 der Stabilitätsvereinbarung der Tatbestand der „Unaufschiebbarkeit“ (Abwägung, milderes Mittel) gegeben ist.

Bei regulär endenden Legislaturperioden ist diese Verfahrensweise, wie z. B. bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz oder Sachsen-Anhalt m.E. zwingend erforderlich, da die Verfassung keine Verlängerungsmöglichkeiten für Legislaturen vorsehen. Bei einer vorzeitigen Beendigung einer Wahl liegt dies in der Entscheidung des Thüringer Landtags (Auflösungsbeschluss). Ich bin mir sicher, dass dies durch die Mitglieder des Thüringer Landtags verantwortungsvoll, sachgerecht und der Corona-Situation angemessen bewertet wird.

Bei der verfassungsrechtlichen Bewertung von Briefwahlen verweise ich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Entscheidung vom 9. Juli 2013, 2 BVC 7/10, juris-Rn. 13), welches im Kern wie folgt ausführt:

„Bei der Briefwahl ist die öffentliche Kontrolle der Stimmabgabe zurückgenommen. Auch ist die Integrität der Wahl nicht gleichermaßen gewährleistet wie bei der Urnenwahl im Wahllokal. Die Zulassung der Briefwahl dient aber dem Ziel, eine möglichst umfassende Wahlbeteiligung zu erreichen und damit dem Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl Rechnung zu tragen. Der Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl stellt jedenfalls im Zusammenhang mit der Briefwahl eine zu den Grundsätzen der Freiheit, Geheimheit und Öffentlichkeit der Wahl gegenläufige verfassungsrechtliche Grundentscheidung dar, die grundsätzlich geeignet ist, Einschränkungen der anderen Grundentscheidungen der Verfassung zu rechtfertigen. In diesem Zusammenhang ist es zwar in erster Linie Sache des Gesetzgebers, bei der Ausgestaltung des Wahlrechts die kollidierenden Grundentscheidungen einem angemessenen Ausgleich zuzuführen. Dabei muss er jedoch dafür Sorge tragen, dass keiner der vor allem das Demokratieprinzip konkretisierenden Wahlrechtsgrundsätze unverhältnismäßig eingeschränkt wird oder in erheblichem Umsatz leer zu laufen droht. Das ist derzeit jedoch offenkundig nicht der Fall. Der Senat hat die Briefwahl daher wiederholt als verfassungsrechtlich gerechtfertigt angesehen.“

Die Grundsätze für demokratische Wahlen, u.a.:

- Allgemeinheit
- Freiheit
- Gleichheit
- Geheimheit

sind meines Erachtens bei der Briefwahl/nur Briefwahl als Ultima Ratio mit unterschiedlichen Ausprägungen/Abwägungen ganzheitlich zu bewerten.

Briefwahl zu Urnenwahl:

- Stärkung der Allgemeinheit (Wahlbeteiligung)
- wahrt Gleichheit der Wahl
- Integrität nicht im gleichen Maße gegeben
- Schwächung des Grundsatzes der Geheimheit (öffentliche Kontrolle fehlt).

Wie die Wichtung der Grundsätze in der vorliegenden Drucksache zu bewerten ist, sollte klar und nachvollziehbar ausgeführt werden.

Das Neutralitätsgebot als Landeswahlleiter gebietet mir in dieser rechtlichen Bewertung eine gewisse Zurückhaltung.

Anzumerken wäre an dieser Stelle, dass es bei den zurückliegenden Wahlen in Thüringen zu keinen ergebnisrelevanten Vorkommnissen bei der Briefwahl gekommen ist. Die Gemeindeverwaltungen und zuständigen Wahlorgane gingen bisher und werden auch bei zukünftigen Wahlen, sehr pflichtbewusst, akribisch und unter Beachtung aller im Wahlgesetz und der -ordnung fixierten Regularien mit der in den letzten Jahren gestiegenen Briefwahlmöglichkeit um.

Auch dem wahlrechtlichen Aspekt, dass der Stimmzettel persönlich gekennzeichnet wurde, ist mit der Erklärung an Eides Statt des Wählers auf dem Wahlschein gegeben.

„Ich versichere gegenüber dem Kreiswahlleiter/der Verwaltungsbehörde des Kreises/der mit der Durchführung der Briefwahl betrauten Gemeindebehörde an Eides statt, dass ich den beigefügten Stimmzettel persönlich als Hilfsperson⁴⁾ gemäß dem erklärten Willen des Wählers – gekennzeichnet habe.“ (Anlage 5 zu § 24 ThürLWO)

Vorschlag:

Ich rege überdies an, dass diese Erklärung an Eides Statt ggf. durch die Formulierung **„persönlich, ohne ausgeübten Zwang und unter Einhaltung des Wahlgeheimnisses“** erweitert wird.

Der Erhöhung der Sicherheit von Briefwahlen wurde in Thüringen darüber hinaus auch durch zahlreiche geeignete Maßnahmen in den Gemeinden, beim Transportdienstleister Deutsche Post und in den Wahlorganen u.a. durch die konsequente Durchsetzung des 4-Augen-Prinzips, von Schulungsmaßnahmen, der Nachweisführung, der sicheren Verwahrung von Wahlbriefen, der verstärkten Wahlbeobachtung u.a., besonderer Augenmerk gewidmet. Sämtliche gemeldete, äußerst wenige Vorkommnisse konnten im Vorfeld der Auszählung einvernehmlich geklärt werden. Hier handelte es sich größtenteils um Missverständnisse.

zu Punkt 4. Organisatorische Erfordernisse, Zeitfenster und Kosten

Zu diesem Punkt nehme ich wie folgt Stellung:

Ein Umswitchen von derzeitiger Urnen- und Briefwahl auf die Möglichkeit von nur Briefwahl im festgestellten Pandemie- und Katastrophenfall erfordert in den Gemeinden, neben einer organisatorischen Vorlaufzeit, auch einen hohen Personaleinsatz um die Arbeitsspitzen beim Briefwahlversand abzusichern. Des Weiteren müssen bei einer „nur Briefwahl“ höhere Bestellmengen, z. B. an Merkblättern und Transportumschlägen beschafft werden. In einem Rundschreiben an die Kreiswahlleiter habe ich zur Beschaffungsmöglichkeit/-verfahren bereits hingewiesen.

Zu den Kosten nehme ich wie folgt Stellung und verweise mit Bezug auf die Kostenkalkulation der möglichen Szenarien (II bis IV)

- | | | |
|------|--|------------|
| I. | Kosten Landtagswahl 2019 (Ist-Kosten, Vergleich) | → 2,5 Mio. |
| II. | Kosten einer vorgezogenen Landtagswahl 2021 | → 3,3 Mio. |
| III. | Kosten einer vorgezogenen Landtagswahl 2021 unter Pandemiebedingungen (incl. Umsetzung Hygienemaßnahmen) | → 4,8 Mio. |
| IV. | Kosten einer vorgezogenen Landtagswahl unter Pandemiebedingungen mit 100 % Briefwahlversand | → 9,8 Mio. |

Im Einzelnen (Untersetzung):

I.	Kosten Landtagswahl 2019 Erstattungsbetrag	2,5 Mio. €
II.	Kosten für eine vorgezogene Landtagswahl <ul style="list-style-type: none"> abgerechnete Kosten LTW 2019 (Basis) zusätzliche Kosten für eine vorgezogene Landtagswahl (Zuschläge Stimmzettel, Material, zusätzliche Veröffentlichungen, etc.) Preissteigerung 2021 zu 2019 Im Haushaltsvoranschlag:	2,5 Mio. € 0,5 Mio. € 0,3 Mio. € 3,3 Mio. €
III.	Kosten einer vorgezogenen Landtagswahl 2021 unter Pandemiebedingungen <ul style="list-style-type: none"> Kosten gemäß II. Hygienemaßnahmen bei 3.000 Brief-/Wahlbezirken und deren Gemeindeverwaltungen Kalkulationssatz: 3.000 x 500 €	3,3 Mio. € 500 € 1,5 Mio. € 4,8 Mio. €
IV.	Kosten einer vorgezogenen Landtagswahl unter Pandemiebedingungen mit 100 % Briefwahlversand <ul style="list-style-type: none"> Kosten gemäß Punkt III. zusätzliche Postgebühren für die Beförderung der Briefwahlunterlagen (a: Gemeinde zum Wähler b: Votum des Bürgers zur Gemeinde) - amtlicher Versand - a: 1,73 Mio. Wahlberechtigte x 1,45 € b: 1,73 Mio. Wahlberechtigte x 1,45 € 	4,8 Mio. € 2,51 Mio. € 2,51 Mio. € 9,32 Mio. €

Artikel 2, § 8 Thüringer Landeswahlgesetz

"§ 8 - Wahlleiter und Wahlausschüsse

(1) Der Landeswahlleiter und sein Stellvertreter werden von der Landesregierung, die Kreiswahlleiter und ihre Stellvertreter vom für das Landtagswahlrecht zuständigen Ministerium berufen.

(2) Der Landeswahlausschuss besteht aus dem Landeswahlleiter als Vorsitzendem oder im Falle seiner Verhinderung seinem Stellvertreter als Vorsitzendem und acht von ihm zu berufenen Wahlberechtigten. Zwei Beisitzer müssen die Befähigung zum Richteramt haben. Bei der Berufung der Wahl der übrigen Beisitzer sollen die im Wahlgebiet vertretenen Parteien und sonstigen organisierten Wählergruppen angemessen berücksichtigt werden.

(3) Die übrigen Wahlausschüsse bestehen aus dem Wahlleiter und im Falle seiner Verhinderung seinem Stellvertreter als Vorsitzendem und sechs von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern. Bei der Berufung der Beisitzer sollen die im Wahlgebiet vertretenen Parteien und sonstigen organisierten Wählergruppen angemessen berücksichtigt werden.

(4) Der Landeswahlleiter und sein Stellvertreter erhalten, sofern sich aus beamtenrechtlichen Vorschriften kein entsprechender Anspruch ergibt, eine angemessene Aufwandsentschädigung sowie Reisekostenvergütung."

Zu Artikel 2, § 8 nehme ich wie folgt Stellung:

Absatz 1: keine Anmerkungen, Einverständnis

Absatz 2: Die Erweiterung des Landeswahlausschusses um 2 Belsitzer mit der Befähigung zum Richteramt begrüße ich ausdrücklich, da sich diese Erweiterung schon bei der Europa- und Bundestagswahl bewährt hat. Ich bitte jedoch zu prüfen, ob eine Konkretisierung analog des Bundes vorgenommen werden und **2 Richter des Oberverwaltungsgerichtes** im Gesetzestext (Änderungshinweis) erfolgen sollte. Im Zulassungsverfahren handelt es sich um die **Thematik des Verwaltungsrechts**.

Auch eine explizit benannte Besetzung in Richtung

1 Richter am Verfassungsgericht

1 Richter vom Oberverwaltungsgericht

wäre denkbar. Eine Formulierung gemäß den Regelungen des Bundes (2 Verwaltungsrichter) wäre meines Erachtens jedoch wünschenswert.

Absatz 3: keine Anmerkung, Einverständnis

Absatz 4: keine Anmerkung, Einverständnis

§ 72 Absatz 4 (Anfügung)

"(4) Das für Wahlrecht zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Aufstellung von Wahlbewerbern abweichende Regelungen zu treffen und Abweichungen der Parteien von entgegenstehenden Bestimmungen ihrer Satzungen zuzulassen, um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen, soweit erforderlich, zu ermöglichen, wenn der Landtag zu einem Zeitpunkt, der näher als neun Monate vor dem Beginn des nach Artikel 50 Abs. 1 Satz 2 Verfassung des Freistaats Thüringen bestimmten Zeitraums liegt, feststellt, dass die Durchführung von Versammlungen ganz oder teilweise unmöglich ist. Stehen einem rechtzeitigen Zusammentritt des Landtags unüberwindliche Hindernisse entgegen oder ist er nicht beschlussfähig, so entscheidet der nach § 55 gebildete Ausschuss über die Feststellung. Durch Rechtsverordnung nach Satz 1 können Regelungen getroffen werden, die den Parteien für die Wahl bei Vorliegen der in Satz 1 genannten Umstände eine Abweichung von den entgegenstehenden Bestimmungen dieses Gesetzes, der Thüringer Landeswahlordnung und, sofern eine Satzungsänderung wegen der in Satz 1 genannten Umstände und der in diesem Gesetz und der Thüringer Landeswahlordnung bestimmten Fristen und Termine nicht mehr rechtzeitig möglich ist, ihrer Satzungen ermöglichen, insbesondere

- 1. um die Wahl der Wahlbewerber und der Vertreter für die Vertreterversammlungen unter Verringerung der satzungsmäßigen Zahl der Vertreter in der Vertreterversammlung oder anstatt durch eine Mitgliederversammlung durch eine Vertreterversammlung durchführen zu können,*
- 2. um Mitglieder- oder Vertreterversammlungen in der Form mehrerer miteinander im Wege der elektronischen Kommunikation verbundener gleichzeitiger Teilversammlungen an verschiedenen Orten durchführen zu können,*
- 3. um die Wahrnehmung des Vorschlagsrechts, des Vorstellungsrechts und der sonstigen Mitgliederrechte mit Ausnahme der Schlussabstimmung über einen Wahlvorschlag ausschließlich oder zusätzlich im Wege elektronischer Kommunikation ermöglichen zu können,*
- 4. um die Wahl von Wahlbewerbern und von Vertretern für die Vertreterversammlungen im Wege der Briefwahl oder einer Kombination aus Urnenwahl und Briefwahl durchführen zu können."*

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Jede Partei hat Regeln zum Bewerberaufstellverfahren, zu Einladungsfristen sowie Abstimmmodalitäten in ihren Satzungen fixiert. Diese Regelungen sind zwar unterschiedlich ausgestaltet, müssen jedoch den Anforderungen von Vereins-, Parteien- und Verfassungsrecht entsprechen.

Das für Wahlrecht zuständige Ministerium wird in der Anfügung (Abs. 4) zum § 72 Thüringer Landeswahlgesetz ermächtigt, per Rechtsverordnung im Fall höherer Gewalt oder Naturkatastrophen, abweichende Regelungen zu treffen.

Die Anhörung bzw. Stellungnahmen der Parteien werden zeigen, ob aus ihrer Sicht auf Grund der Unterschiedlichkeiten in den Satzungen noch weitere Ergänzungen nötig sind. Aus Sicht der Wahlorganisation bedarf es keine weiteren Ergänzungen.

Eine abschließende redaktionelle Anmerkung:

- „(4) ... Fristen und Termine nicht mehr rechtzeitig möglich ist, Ihre Satzungen...“ (ein „r“ fehlt beim Wort „Ihrer“ im Entwurf)
- „4. um die Wahl von Wahlbewerbern und von Vertretern ...“ (das Wort „und“ fehlt im Entwurf)

Artikel 3 Änderung der Thüringer Landeswahlordnung

§ 56 Schluss der Wahlhandlung

Sobald die Wahlzeit abgelaufen ist, wird dies vom Wahlvorsteher bekannt gegeben. Von da ab sind nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zuzulassen, die vor Ablauf der Wahlzeit erschienen sind und sich im Wahlraum oder aus Platzgründen davor befinden. Nach Ablauf der Wahlzeit eintreffenden Personen ist der Zutritt zur Stimmabgabe zu sperren. Nachdem die vor Ablauf der Wahlzeit erschienenen Wähler ihre Stimme abgegeben haben, erklärt der Wahlvorsteher die Wahlhandlung für geschlossen.“

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Die Regelung wird von allen Wahlorganen begrüßt, da diese der Klarheit in den Wahlvorständen dient und mit dem Wahlrecht auf Bundesebene synchronisiert wurde.

Artikel 4 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Artikel 1 tritt am 1. Januar 2021 in Kraft. Er tritt mit Ablauf des 31. Dezembers 2021 außer Kraft.

(2) Artikel 2 und 3 treten am 1. Januar 2021 in Kraft.

Das Inkrafttreten (1. Januar 2021) ist den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Gestatten Sie mir abschließend noch einige Aspekte aus wahlorganisatorischer Sicht, welche ich aus zahlreichen Gesprächen und Stellungnahmen der Kreis- und Gemeindewahlleiter entnommen habe und darlegen möchte.

1. Wahlhelfergewinnung

Zur Absicherung der Landtagswahl werden am Wahltag ca. 30.000 ehrenamtliche Wahlhelfer im Einsatz sein. Ca. 40 % der Wahlhelfer waren bei zurückliegenden Wahlen in der Altersgruppe 60+ oder gehörten einer sogenannten Risikogruppe an. Die Wahlhelfergewinnung dürfte sich unter Pandemiebedingungen weitaus schwieriger gestalten, da ein Einsatz der älteren Gruppen, bei einer Einsatzzeit von mindestens 10 Stunden, primär nicht gegeben sein wird.

In einer weiteren Verpflichtung von Beamten und Angestellten des Landes und der Kommunen sehe ich eine wesentliche Komponente, um diese Ausfälle zu kompensieren. Neugewonnene Wahlhelfer sind umfangreich auf den Einsatz vorzubereiten (Schulungsmaßnahmen). Eine kostenfreie Coronatestung, das Bereitstellen von zwei FFP2-Masken, ein zusätzlicher Bonus zum Erfrischungsgeld sowie die vollumfängliche versicherungstechnische Absicherung im Schadensfall (Haftungsfrage) sind ebenfalls geboten.

2. Bereitstellung von Wahlräumen durch die Gemeindeverwaltungen

Zur Absicherung einer Wahl werden ca. 3.000 Lokationen (Urnen-, Briefwahllokale) benötigt. Bei der Bewertung der Durchführbarkeit muss zwingend auch die **Raumgröße/-kapazität unter pandemischen Aspekten** Berücksichtigung finden.

Der Wahlvorstand besteht aus bis zu 9 ehrenamtlich tätigen Bürgern. Setzt man, wie in der Vergangenheit bei COVID-Verordnungen bereits praktiziert, bestimmte Vorgaben, zum Beispiel 10 m²/Person in öffentlichen Räumen an, so müssten für den Wahltag Wahlräume von den Gemeinden bereitgestellt werden, die unter Umständen, nach Informationen der Kreiswahlleiter, tatsächlich nicht bereitgestellt werden könnten. Zusätzliche Mietkosten für nichtöffentliche Lokationen wären die Folge.

§ 42 ThürLWO macht hierzu folgende Aussagen:

„§ 42 Wahlräume

- (1) Die Gemeinde bestimmt für jeden Wahlbezirk einen Wahlraum. **Soweit möglich**, stellen die Gemeinden **Wahlräume in Gemeindegebäuden** zur Verfügung. Die Wahlräume sollen nach den örtlichen Verhältnissen so ausgewählt und eingerichtet werden, dass allen Wahlberechtigten, insbesondere behinderten und anderen Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung die Teilnahme an der Wahl **möglichst erleichtert** wird. Die Gemeinden teilen frühzeitig und in geeigneter Weise mit, welche Wahlräume **barrierefrei sind**.

Das Wahlgesetz schreibt Wahlbeobachtung vor, dass die **Auszählung öffentlich** ist; Wahlbeobachter sind somit erwünscht und rechtlich zugelassen.

Ich verweise vorsorglich darauf hin, dass hier, auf Grund der **Größe von Wahlräumen**, ein schon jetzt vorhersehbares Konfliktpotenzial in Verbindung mit den Infektionsschutzregeln vorprogrammiert sein könnte.

Ich halte Klarstellungen in der Thüringer Landeswahlordnung für hilfreich, um unnötigen Diskussionen bzw. Vorfällen entgegenzutreten (Abstandsregeln, Meterzahl zu Wahlischen, Begrenzung).

Mit freundlichen Grüßen

Landeswahlleiter

Anlage 1: Beantwortung der Fragen der Fraktionen

Anlage 2: Stellungnahmen der Kreiswahlleiter

Anlage 3: Gesetzesänderung Bund, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt

Erfurt, den 13. Januar 2021

Stellungnahmen Drucksache 7/2043

„Gesetzentwurf

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften“

Fragestellungen der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1. Halten sie die Vorschläge im Gesetz für geeignet, um die rechtsstaatliche Integrität der Wahlhandlung und der Wahlvorbereitung unter Wahrung der allgemeinen Wahlgrundsätze möglichst auch unter den Bedingungen einer Pandemiesituation im Falle vorgezogener Neuwahlen in Thüringen zu wahren und Wahlen zu ermöglichen?

Ja, unter Berücksichtigung der vorangestellten Änderungen und der klaren Bewertung der Höhe der Inzidenzen sowie deren Folgen für den Wahlablauf. Das Flankieren der gesetzlichen Regelungen durch das eidesstattliche Bestätigen der Parteien (neu zu entwickelnde/modifizierende Anlagen zur ThürLWO) im Wahlbewerbaufstellverfahren schafft weitere Rechtssicherheit im kleinen Zeitfenster des Zulassungsverfahrens.

2. Wie bewerten sie das im Artikel 1 § 5 des Gesetzentwurfs vorgeschlagene Verfahren zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl als Ultima Ratio, wenn aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen die Wählerinnen und Wähler in dem betroffenen Gebiet ihr Wahlrecht nicht oder nur in unzumutbarer Weise ausüben könnten, vor dem Hintergrund der Wahlgrundsätze und der Pandemiesituation?

Das vorgeschlagene Verfahren halte ich für praktikabel aber auch organisatorisch und rechtlich teilweise risikobehaftet. Als Voraussetzung verweise ich jedoch auf meinen hierzu eingebrachten Änderungsvorschlag, insbesondere auf das rechtzeitige Feststellen des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes (Zeitpunkt vor Ziehung des Wählerverzeichnisses wäre die wahlorganisatorisch sicherste Vorgehensweise).

Die rechtliche Bewertung der Zulässigkeit von ausschließlicher Briefwahlmöglichkeit (Versenden der Briefwahlunterlagen ohne Beantragung, das heißt von Amtswegen) sollte meines Erachtens jedoch abschließend und rechtssicher geklärt sein. Die Anhörung dient dieser Zielstellung. Auch eine Prüfung mittels Normenkontrollverfahren beim Thüringer Verfassungsgericht wäre wünschenswert um eine abschließende rechtliche Bewertung der sehr komplexen Thematik herbeizuführen.

3. Wie betrachten sie die in Artikel 1 § 2 Abs. 3 vorgesehene Ermöglichung für Parteien in der gegenwärtigen Situation, unabhängig bestehender Satzungsregelungen in Briefwahlen oder in elektronischen Wahlverfahren mit einer abschließenden Briefwahl Wahlbewerber zu wählen, und die hierzu vorgeschlagene Regelung?

Die eingebrachte Regelung wird erstmalig meines Wissens in Deutschland bei einer Landtagswahl praktiziert. Es existieren keinerlei Erfahrungen. Da es sich **zudem** in Thüringen um eine vorgezogene Landtagswahl handelt und die Vorbereitungszeiten im Aufstellverfahren sich von regulär 1,5 Jahren auf ca. 1 Monat verkürzen, dürfte dies für die Parteien eine sehr hohe organisatorische Herausforderung und damit ein gewisses Risiko bedeuten. Die Einschätzung bzgl. der Machbarkeit und Umsetzung sollten die Parteien in eigener Angelegenheit per Stellungnahme zum Gesetzentwurf vornehmen. An dieser Stelle verweise ich auf die Ausführungen meiner Stellungnahme, in der ich es für zwingend geboten halte in der Landeswahlordnung ein Formblatt vorzugeben, in dem

alle Möglichkeiten der Durchführung der Aufstellverfahren benannt, zutreffende eidesstattlich bestätigt und als Unterlage zu den Bewerberaufstellungen dem Kreis- bzw. Landeswahlausschuss vorgelegt werden muss. Eine Einheitlichkeit im Vorgehen mittels einer Anlage zur ThürLWO ist zwingend erforderlich, da die Zulassung sämtlicher Parteien nach einem einheitlichen und transparenten Verfahren unter großem Zeitdruck vollzogen wird.

Ich mache an dieser Stelle darüber hinaus aufmerksam, dass nach einer getroffenen Entscheidung des Landeswahlausschusses entsprechende Rechtsmittel durch die jeweiligen Parteien erst nach der Wahl eingelegt werden können.

4. **Sind vom Direktwahlprinzip abweichende Verfahren bei der Kandidatenaufstellung angesichts der 70-Tage-Frist des Art. 50 Abs. 2 Satz 2 ThürVerf zeitlich realisierbar?**

Da mit einer Verabschiedung des Gesetzes (Anfang Februar 2021) erst kurz vor einer möglichen Auflösung des Thüringer Landtags (Mitte Februar 2021) gerechnet werden kann, verbleiben den Parteien nur wenige Tage um sich auf die vorgeschlagenen Verfahren bzgl. Kandidatenaufstellung organisatorisch einzustellen.

Bei Landtagswahlen, die auf regulär endenden Legislaturperioden basieren, ist der organisatorische Vorlauf größer und die Unwägbarkeiten bei der Umsetzung kleiner.

Die Umsetzbarkeit bei einem voraussichtlich möglichen Wahltermin am 25. April 2021 ist von den betroffenen Parteien einzuschätzen. Die Bewertung durch den Landeswahlleiter ist auf Grund der unterschiedlichen Satzungen und Organisationsstrukturen sowie Mitgliederzahlen nicht möglich. Die Bewertung im Zulassungsverfahren durch eine noch zu erstellende Anlage in der ThürLWO (siehe Frage 3) muss zwingend gegeben sein. Verantwortlich für die Erstellung der Anlage ist der Gesetzgeber.

5. **Halten sie die in Artikel 1 § 2 Absatz 1 vorgesehene Absenkung der Unterschriftenquoten auf 50 vom Hundert für ausreichend, um Parteien die zu gewährende Chancengleichheit zu garantieren, an einer vorzeitigen Wahl mit verkürzten Fristen und unter den Bedingungen der Pandemie teilnehmen zu können?**

Ich halte das Absenken der Unterschriftenquoten für zwingend erforderlich um bei verkürzten Fristen eine Chancengleichheit im Bewerberaufstellverfahren zu erreichen.

Das Absenken der Unterstützungsunterschriften für vorgezogene Landtagswahlen auf zum Beispiel 50 % sollte, wie in anderen Bundesländern bereits praktiziert, im Landeswahlgesetz festgeschrieben werden. Über die Höhe der Prozentsätze hat zuständigkeitshalber der Gesetzgeber zu befinden. Hierbei sind beide Faktoren (verkürzte Fristen und Pandemie) zu berücksichtigen. Für die Wahlkreisausschüsse und den Landeswahlausschuss sind dies lediglich Prüfkriterien im Zulassungsverfahren.

6. **Halten Sie über die im Gesetzentwurf verankerten Absenkungen der Unterschriftenquoten für Wahlvorschläge i.S.d. § 22 Abs. 2 ThürLWG hinaus eine Absenkung für das Unterschriftenquorum in den Fällen des § 22 Abs. 3 ThürLWG für geboten und wenn ja, in welcher Weise?**

ja, hier verweise ich auf die Antwort in meiner Stellungnahme.

Fragestellungen der Fraktion der AfD

1. Welche Manipulationsmöglichkeiten sehen Sie hinsichtlich des Grundsatzes der Freiheit der Wahl bei der Briefwahl im Gegensatz zu einer Stimmabgabe in einem öffentlichen Wahllokal?
2. Welche Manipulationsmöglichkeiten sehen Sie hinsichtlich des Grundsatzes der Gleichheit der Wahl bei der Briefwahl im Gegensatz zu einer Stimmabgabe in einem öffentlichen Wahllokal?
3. Welche Manipulationsmöglichkeiten sehen Sie hinsichtlich des Grundsatzes der Geheimhaltung der Wahl bei der Briefwahl im Gegensatz zu einer Stimmabgabe in einem öffentlichen Wahllokal?

Zu den Fragen 1 bis 3 nehme ich wie folgt Stellung:

Manipulationsmöglichkeiten bei Wahlen sind durch hohe kriminelle Energie sowohl bei Urnen- als auch bei Briefwahl grundsätzlich möglich.

In Thüringen sind in den zurückliegenden 30 Jahren derartige Vorfälle nicht vorgekommen.

Durch geeignete organisatorische Maßnahmen wird derartigen Vorgängen entgegengetreten. Die über 30.000 ehrenamtlichen Wahlhelfer haben stets die verantwortungsvolle Aufgabe sehr professionell wahrgenommen. Schon bei der Zusammensetzung der Wahlvorstände wird auf Ausgewogenheit (Bürger des öffentlichen Dienstes, Privatwirtschaft, Parteien, Altersstruktur) streng geachtet. Vorgelagerte Schulungsmaßnahmen dienen dazu wahlrechtliches Wissen zu vermitteln und auch Fragestellungen zur Sicherheit der Briefwahl zu thematisieren. Sämtliche ehrenamtliche Wahlhelfer werden darüber hinaus belehrt und verpflichtet. Zu den Manipulationsmöglichkeiten hinsichtlich des Grundsatzes der

- a) Freiheit
- b) Gleichheit
- c) Geheimhaltung

bei der Briefwahl im Gegensatz einer Stimmabgabe in einem öffentlichen Wahllokal nehme ich wie folgt Stellung:

Bei der Bewertung der Manipulationsmöglichkeiten bei der Briefwahl ist zunächst auf die verschiedenen, vom Gesetzgeber vorgesehenen Varianten zu verweisen:

- (1) Briefwahl in der Wohnung und Versand der Briefwahlunterlagen per Postweg oder direkte Abgabe bei der Gemeinde
- (2) Briefwahl bei der Gemeindeverwaltung (direkt, unter öffentlicher Kontrolle, identisches Verfahren analog Urnenwahl)

Die Variante 2 ist vom Verfahren und damit von den Manipulationsmöglichkeiten her identisch mit der Stimmabgabe in einem öffentlichen Wahllokal und unterscheidet sich lediglich bei dem Kriterium „Zeitpunkt des Votums“. Da, insbesondere in größeren Städten, die Briefwahlmöglichkeit bei der Gemeindeverwaltung sehr intensiv genutzt wird, sehe ich beim überwiegenden Teil der Briefwahl zur Urnenwahl sicherheitstechnisch und bezüglich in den Fragen 1 – 3 angesprochenen Grundsätze

- Freiheit
- Gleichheit
- Geheimhaltung

keinerlei Unterschiede. Da auch die Auszählung und die separate Ausweisung der Briefwahlergebnisse durch einen Briefwahlvorstand öffentlich erfolgt, sehe ich die weiteren Wahlrechtsgrundsätze vollumfänglich gewahrt.

Bei der Bewertung von Manipulationsmöglichkeiten zur Variante 1) „Kennzeichnung der Stimmzettel in der Wohnung und Versand der Briefwahlunterlagen per Postweg oder direkte Abgabe bei der Gemeinde und sichere Verwahrung“ verweise ich auf die hierzu getroffenen zusätzlichen Maßnahmen, insbesondere auf die Eidesstattliche Erklärung des Wählers, in der er bestätigt (Anlage 5 zu § 24 ThürLWO):

„Ich versichere gegenüber dem Kreiswahlleiter/der Verwaltungsbehörde des Kreises/der mit der Durchführung der Briefwahl betrauten Gemeindebehörde an Eides statt, dass ich den beigefügten Stimmzettel persönlich als Hilfsperson⁴⁾ gemäß dem erklärten Willen des Wählers – gekennzeichnet habe.“

In meiner Stellungnahme habe ich des Weiteren angeregt, dass **alle Grundsätze** einer Wahl

- Allgemeinheit
- Freiheit
- Gleichheit
- Geheimhaltung

durch **Ergänzung des Textes auf dem Wahlschein durch den Wähler eidesstattlich** zu bestätigen sind und damit die Sicherheit der Briefwahl erhöht wird.

Vorschlag: ... persönlich, ohne ausgeübten Zwang und unter Einhaltung des Wahlgeheimnisses ...

Weitere konstruktive Vorschläge der Fraktionen sollten in der Novellierung ihren Niederschlag finden um noch rechtzeitig vor der Landtagswahl von den Wahlorganen umgesetzt werden.

Abschließend verweise ich nochmals auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Juli 2013, 2 BVC 7/10, juris-Rn. 13 in dem unter Abwägung aller Kriterien die Briefwahl – auch ohne Angaben von Gründen – verfassungsrechtlich gerechtfertigt angesehen wird. Grundsätzliche Unterschiede der Briefwahl zur Urnenwahl:

- Stärkung der Allgemeinheit (Wahlbeteiligung)
- wahrt Gleichheit der Wahl
- Integrität nicht im gleichen Maße gegeben
- Schwächung des Grundsatzes der Geheimheit (öffentliche Kontrolle fehlt).

Wie die Wichtung der Grundsätze in der vorliegenden Drucksache zu bewerten ist, sollte klar und nachvollziehbar ausgeführt werden.

Das Neutralitätsgebot als Landeswahlleiter gebietet mir in dieser rechtlichen Bewertung eine gewisse Zurückhaltung.

4. In Niedersachsen sind bei einer Kommunalwahl 2016 Migranten mit geringfügigen Deutschkenntnissen von Kommunalpolitikern aufgefordert worden, Briefwahlunterlagen anzufordern. Die Politiker füllten die Stimmzettel aus und fälschten die Unterschriften. Wie schätzen Sie das Risiko ein, dass die Unterlagen für die Briefwahl blanko weitergegeben werden können oder unbefugt ausgefüllt werden?

In Thüringen sind derartige Vorkommnisse nicht bekannt.

Die Fragestellung bezieht sich überdies auf Vorkommnisse bei einer Kommunalwahl eines anderen Bundeslandes, die mit der Gesetzgebung einer Landtagswahl in Thüringen nicht vergleichbar sind, da schon beim Ziehen des Wählerverzeichnisses unterschiedliche Voraussetzungen der Wahlberechtigten fixiert sind.

In § 13 ThürLWG heißt es:

**„§ 13
Wahlrecht**

Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag

1. das 18. Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens drei Monaten im Wahlgebiet ihren Wohnsitz haben oder sich dort gewöhnlich aufhalten,
3. nicht nach § 14 vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Eine Beantragung durch einen in der Fragestellung fixierten Personenkreis hätte somit keinerlei Chance auf Wahlteilnahme, da nicht im Wählerverzeichnis aufgeführt (bei Kommunalwahl ggf. in Niedersachsen möglich). Rechtlich bewertet handelt es sich bei dem geschilderten Fall aus Niedersachsen zur Kommunalwahl 2016 um ein kriminelles Vergehen und muss gerichtlich verfolgt werden.

5. **Im Gegensatz zum Wahllokal wacht bei der Wahl in der eigenen Wohnung niemand über die Einhaltung des Wahlgeheimnisses. Wie schätzen Sie das Risiko einer Beeinflussung durch Andere ein, zum Beispiel, dass Druck auf den Wähler ausgeübt wird oder der Wähler für die Stimmabgabe eine Geldleistung erhält?**

Hierzu verweise ich auf vorangegangene Ausführungen (Antwort zu Frage 1 bis 3), die Stellungnahme und meinen Vorschlag zur Ergänzung der eidesstattlichen Erklärung auf dem Wahlschein.

6. **Kurz nach der Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2011 wurde im Hausmüll eines Wohnblocks 379 ausgefüllte Stimmzettel in roten Wahlbrief-Umschlägen gefunden. Wie schätzen Sie das Risiko ein, dass ausgefüllte Briefwahlumschläge auf dem Postweg oder bei der Aufbewahrung in der Gemeinde geändert oder zerstört werden oder nicht dort eintreffen?**

In Thüringen sind derartige Vorkommnisse nicht bekannt.

Ob es sich bei dem geschilderten Vorgang um Wahlunterlagen, die ggf. für Schulungen verwendet wurden handelte und danach nicht ordnungsgemäß entsorgt wurden, schließe ich daher auch nicht aus.

Das Risiko, dass ausgefüllte Briefwahlunterlagen geändert oder zerstört werden könnten oder dort nicht eintreffen, halte ich auf Grund der getroffenen Maßnahmen für äußerst unwahrscheinlich. Sämtliche, die Briefwahl betreffenden Vorkommnisse werden in Thüringen stets mit hoher Priorität geklärt.

7. **Wie schätzen Sie das Risiko ein, dass in Wahllokalen Stimmen falsch - bewusst oder unbewusst - ausgezählt werden?**

Durch eine Vielzahl von Maßnahmen, wie u.a.

- Plausibilitätsprüfungen (manuell, maschinell)
- Dokumentation des gesamten Wahlvorgangs und Ergebniserhebung
- öffentliche Auszählung;
- Kontrolle durch Wahlbeobachtung, Transparenz
- Kontrolle durch ein durchgängiges 4-Augen-Prinzip
- Kontrolle nach Abgabe der Wahllokalergebnisse auf Plausibilität unter anderem durch Wahlkreisausschüsse, Landeswahlausschuss und aufmerksame Begleitung von Wahlaktivitäten durch Parteien

wird das Risiko nahezu ausgeschlossen: Bei Zweifel am Ergebnis (- Gründe müssen benannt werden -) erfolgt, laut gesetzlichen Vorgaben, eine Neuauszählung. Bisher angeordnete Neuauszählungen waren in Thüringen nicht Ergebnis-/Sitzrelevant und hatten zum Teil keinen substanziellen Hintergrund (Fake-Beschwerden, Missverständnisse). Darüber hinaus werden derartige Vorkommnisse bzw. Beschwerden in den Wahlausschüssen thematisiert. So wurde beispielsweise bei der Landtagswahl 2019 in Thüringen Wahlkreis für Wahlkreis im Landeswahlausschuss abgearbeitet und sämtliche eingegangenen Beschwerden (häufig erwiesene Fake-E-Mails mit nicht existenten Adressen) in öffentlicher Sitzung beraten. Die Feststellung des amtlichen Ergebnisses erfolgt erst nach Abschluss der Bearbeitung der vorliegenden Beschwerden.

Fragestellungen der Fraktion der CDU:

1. Wie beurteilen Sie die Durchführbarkeit einer vorgezogenen Landtagswahl nach Maßgabe des Gesetzentwurfs?

Die Durchführbarkeit einer vorgezogenen Landtagswahl ist nach dem Terminreglement der „Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen im Landeswahlgesetz und in der Landeswahlordnung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Thüringer Landtags“ praktikabel. Da sich der in Thüringen festgeschriebene Zeitablauf mit anderen Bundesländern „deckungsgleich“ darstellt und auch schon in Thüringen eine vorgezogene Bundestagswahl ohne organisatorische Probleme durchgeführt wurde, ist die Durchführbarkeit gegeben.

Dabei ist jedoch stets auch der hohe Aufwand in einem sehr kleinen Zeitfenster zu berücksichtigen, der nur durch großen personellen Einsatz in den Parteien, Gemeinden und Wahlorganen bewerkstelligt werden kann. Die Fehleranfälligkeit ist bei vorgezogenen Wahlen höher, im Vergleich zu Wahlen mit regulär endenden Legislaturperioden. Wird eine vorgezogene Landtagswahl **darüber hinaus** unter Corona-Bedingungen durchgeführt, potenzieren sich die Aufwendungen und damit das Risikopotenzial. Erfahrungswerte, auf denen man aufbauen könnte, liegen in Deutschland nicht vor. Im vorliegenden Entwurf wurden alle Aspekte:

- (1) das Aufstellverfahren der Wahlbewerber
- (2) das Absenken von Quoren im Zulassungsverfahren
- (3) das Schaffen von Möglichkeiten der Wahrnehmung des Wahlrechts auch unter Pandemiebedingungen (Briefwahl)
- (4) den Schutz von Leib und Leben der Wähler, der Bediensteten im kommunalen Bereich, der Wahlorgane sowie der über 30.000 ehrenamtlichen Wahlhelfer

gesetzestechisch meines Erachtens umfänglich berücksichtigt. Der vorliegende Gesetzentwurf ist damit eine gute Grundlage für eine weitere Diskussion der sehr komplexen Thematik „vorgezogene Wahlen unter Corona-Bedingungen“.

Ob alle 4 Aspekte rechtskonform, getragen durch eine breite Mehrheit des Parlaments, verabschiedet werden, bleibt abzuwarten.

Insbesondere Punkt (3) (flächendeckende Briefwahl) sollte meines Erachtens rechtssicher ausgestaltet sein (Überprüfung mittels Normenkontrollverfahren des Thüringer Verfassungsgerichts) um späteren Anfechtungen einer bereits durchgeführten Landtagswahl entgegenzutreten.

Rechtssicherheit und den unter Punkt (4) aufgeführten Schutz der Bürger sollten höchste Priorität bei der Bewertung eingeräumt werden.

Unter Bezugnahme auf meine eingebrachten Änderungsvorschläge halte ich in Abhängigkeit der Situation! (Inzidenzen) die fixierten Novellierungsvorschläge für wahlorganisatorisch umsetzbar, bergen jedoch durch das Zusammentreffen mehrerer Faktoren

- verkürzte Fristen
- Corona-Pandemie (Schutz von Leib und Leben)
- Rechtssicherheit
- Kosten

zum Teil ein gewisses situationsbedingtes Risikopotenzial.

Die endgültige Entscheidung zur Auflösung des Parlaments und damit zum Wahltermin trifft gemäß Thüringer Verfassung das Parlament nach Abwägung aller Begleitumstände.

2. Wie beurteilen Sie die Akquise und fachgerechte Schulungsmöglichkeit von Wahlhelfern und Wahlorganen zur Umsetzung der Regeln des Gesetzentwurfes?

Hierzu verweise ich auf die Schlussbemerkungen meiner Stellungnahme:

1. Wahlhelfergewinnung

Zur Absicherung der Landtagswahl werden am Wahltag ca. 30.000 ehrenamtliche Wahlhelfer im Einsatz sein. Ca. 40 % der Wahlhelfer waren bei zurückliegenden Wahlen in der Altersgruppe 60+ oder gehörten einer sogenannten Risikogruppe an. Die Wahlhelfergewinnung dürfte sich unter Pandemiebedingungen weitaus schwieriger gestalten, da ein Einsatz der älteren Gruppen, bei einer Einsatzzeit von mindestens 10 Stunden, **primär** nicht anzustreben und durchsetzbar ist.

In einer weiteren Verpflichtung von Beamten und Angestellten des Landes und der Kommunen sehe ich eine wesentliche Komponente, um diese Ausfälle zu kompensieren. Neugewonnene Wahlhelfer sind umfangreich auf den Einsatz vorzubereiten (Schulungsmaßnahmen). Eine kostenfreie Coronatestung, das Bereitstellen von zwei FFP2-Masken, ein zusätzlicher Bonus zum Erfrischungsgeld sowie die vollumfängliche versicherungstechnische Absicherung im Schadensfall (Haftungsfrage) sind ebenfalls zwingend geboten.

3. Besteht Klärungsbedarf im Hinblick auf die Verantwortlichkeit und die Haftungsfrage für infektionsrelevante Vorfälle in den Wahllokalen, zumal die Verantwortung für die Infektionsschutzkonzepte nach dem Gesetzentwurf den Gemeinden auferlegt wird?

Die Haftungsfrage sollte, wie in meiner Stellungnahme beschrieben, ebenfalls in geeigneter Form geklärt werden. Dies betrifft insbesondere die im Einsatz befindlichen 30.000 ehrenamtlichen Helfer, die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltungen und Wahlorgane. Regelungen zu möglichen Verdienstaufschlägen und Spätfolgen bei nachweislicher Infektion bei ehrenamtlicher Tätigkeit am Wahltag sind rechtlich zu bewerten und vorab zu klären. Anfragen hierzu liegen bereits aus den Kommunen vor.

4. Könnte bei einem Infektionsgeschehen in einem Wahllokal eine erfolgreiche Kontaktnachverfolgung durchgeführt werden? Welche Folgen hat eine erfolglose Kontaktnachverfolgung?

Kontaktnachverfolgungen sind in dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht vorgesehen, wären aber m.E. mit vertretbarem Aufwand organisatorisch machbar.

Statt der Kennzeichnung für ein erfolgreiches Votum per Urnenwahl (i.d.R. durch Abhaken im Wählerverzeichnis) wäre das Eintragen der Uhrzeit möglich, um eine Kontaktnachverfol-

gung zeitlich einzugrenzen. Da die Erreichbarkeit des Bürgers (Adresse) in der Gemeinde bekannt ist, dürfte dies für die Gesundheitsämter eine wichtige Quelle im Bedarfsfall darstellen.

Datenschutzrechtliche Bedenken hätte ich nach erster Prüfung nicht, da es verfahrenstechnisch der bereits praktizierten Verfahrensweise im 1. Lockdown identisch ist. Die Wählerverzeichnisse sind gemäß § 85 Absatz 2 ThürLWO nach Ablauf von 6 Monaten nach der Wahl zu vernichten.

5. **Besteht Klärungsbedarf im Hinblick auf den Ausgleich von Sonderkosten, bspw. zur Einhaltung der Infektionsschutzvorgaben wie zum Beispiel laufende Reinigung aller Kontaktflächen nach jeder Benutzung der Wahlkabine, Einwegschreibgeräte, Plexiglasschutz der Wahlhelfer, etc., zur Umsetzung des im Gesetzentwurf vorgesehenen Mehraufwands, zur Deckung der weiteren erhöhten Reinigungskosten und eventueller Haftungsfreistellungen?**

Ich gehe davon aus, dass sämtliche o.a. Kostenerstattungen durch das Land getragen werden. Die entsprechenden, der Coronasituation regional erforderlichen Maßnahmen sind durch die Gemeinden in Abstimmung mit den Gesundheitsämtern zu treffen. Im Haushaltsentwurf (siehe Stellungnahme Punkt 4 Kosten) habe ich pro Wahllokal einen Betrag von 500 € (Schätzung) eingebracht, der sich situationsbedingt noch erhöhen könnte.

6. **Gemäß § 66 ThürLWG erstattet der Freistaat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die durch die Vorbereitung und Durchführung der Wahl entstandenen notwendigen Kosten als Pauschale. Welcher Betrag pro Wahlberechtigtem wird bei Anwendung des Gesetzentwurfs als auskömmlich erachtet?**

Hierzu verweise ich auf die detaillierte Kostenaufstellung meiner Stellungnahme.

7. **In welcher Höhe rechnen Sie mit gemäß § 66 Abs. 2 S. 2 ThürLWG nicht zu erstattenden Kosten für laufende persönliche und sachliche Kosten und Kosten für die Benutzung von Räumen und Einrichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbänden?**

Bisher wurden Aufwendungen für laufende persönliche und sachliche Kosten und Kosten für die Benutzung von Räumen und Einrichtungen der Gemeinden von den Kommunen getragen.

Die Aufwandsentschädigung (Erfrischungsgeld) in Höhe von

35 € für Vorsitzende der Wahlvorstände,

25 € für die übrigen Mitglieder,

sind in der Thüringer Landeswahlordnung § 9 geregelt. Den Kommunen steht es frei noch zu erhöhen.

Auf Grund der zusätzlichen Belastungen und Aufwendungen (Tragen Mund-Nase-Bedeckung, Desinfektion etc.) des Wahlvorstandes wäre eine Erhöhung der in § 9 ThürLWO fixierten Beträge durch einen Corona-Bonus angemessen und wünschenswert (siehe Stellungnahme).

8. **Wie beurteilen Sie die Idee, - anders als durch Artikel 1 § 4 des Gesetzentwurfs vorgesehen - konkrete Maßnahmen zum Infektionsschutz einheitlich und vom Land verantwortlich vorzugeben?**

Hierzu verweise ich auf meine Stellungnahme und die eingebrachten Vorschläge.

9. Wie beurteilen Sie die Durchführung einer vorgezogenen Landtagswahl als reine Briefwahl mit Blick auf die Wahlrechtsgrundsätze und die praktische Durchführbarkeit (bspw. Schutz der Wahlhelfer, ordnungsgemäße Öffentlichkeit in den Briefwahllokalen, etc.)?

Hierzu verweise ich auf meine Stellungnahme und die eingebrachten Vorschläge.

10. Welche weniger belastenden, gleich geeigneten Alternativen sind im Vergleich zu einer ausschließlichen Briefwahl denkbar, um trotz eines starken Pandemiegeschehens eine den demokratischen Wahlgrundsätzen entsprechende und rechtssichere Wahl sowie den Schutz von Gesundheit und Leben von Wahlberechtigten und Wahlhelfern zu gewährleisten?

Die Gesetzgebung in Deutschland sieht als „Alternative“ zur Urnenwahl lediglich die Briefwahlmöglichkeit vor. Weitere Möglichkeiten sind auch in anderen Ländern nicht konzipiert. Im Weiteren verweise ich auf die Ausführungen der Stellungnahme zum Punkt Briefwahl und den Ausführungen des Verfassungsgerichts (Entscheidung vom 9. Juli 2013, 2 BVC 7/10, juris-Rn. 13).

11. Wie bewerten Sie die Regelungen in Artikel 1 § 5 des Gesetzentwurfs im Hinblick auf die praktische Umsetzbarkeit unter Wahrung der Wahlgrundsätze auch bei kurzfristiger Anordnung der ausschließlichen Briefwahl?

Die Anordnung einer Briefwahl, im Fall eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes, sollte aus wahlorganisatorischen Gründen bis zum 35. Tag vor der Wahl erfolgt sein. Die Umstellung der Organisation

- Erstellung Wählerverzeichnis
- amtlicher Versand durch die Gemeinden/Dienstleister
- Postlaufzeiten
- Zeiträume des Wählers zur Abgabe des Votums
- ...

machen die Festsetzung des o.g. Termins wünschenswert.

Nur in Ausnahmefällen ist auf die Variante 2 und 3 zurückzugreifen. Zur Übersichtlichkeit führe ich an dieser Stelle Variante 1 bis 3 auf.

Bei der weiteren Verfahrensweise und Organisation zu einem wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand (gesamtes Wahlgebiet oder territorial begrenzt) ist der Aspekt des „Zeitpunktes des Eintretens“ entscheidend.

Hierbei sind, ausgehend vom Feststellungstermin, 3 Fallkonstrukte (Varianten) möglich:

1. Feststellungstermin bis zum 35. Tag vor der Wahl

Bei der Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes bis zum 35. Tag vor der Wahl erhalten alle betroffenen Wahlberechtigten die Briefwahlunterlagen zugesandt (von Amtswegen, das heißt ohne persönliche Beantragung). Alle Wahlberechtigten erhalten im Wählerverzeichnis den Sperrvermerk „W“ (Briefwahl).

2. Feststellungstermin nach dem 35. Tag vor der Wahl bis zum 5. Tag vor der Wahl

Bei einer Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes nach dem 35. Tag vor der Wahl aber bis zum 5. Tag vor der Wahl, erhalten alle Wahlberechtigten des betreffenden Wahlgebietes von Amtswegen die Wahlbenachrichtigung, ausgenommen diejenigen, für die im Wählerverzeichnis durch den Eintrag des Sperrvermerks „W“ bereits ein Postversand der Briefwahlunterlagen erfolgt ist, zugesandt. Hierdurch wird ein doppelter Versand der Briefwahlunterlagen im bereits angelaufenen Briefwahlzeitraum ausgeschlossen.

3. Feststellungstermin nach dem 5. Tag vor der Wahl bis zum Wahltag

Erfolgt die Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes nach dem 5. Tag vor der Wahl bis zum Wahltag muss eine **Nachwahl in den betreffenden Gemeinden des Wahlkreises** erfolgen. Als Gründe hierzu sind u.a. Bearbeitungs- und 2-malige Postlaufzeiten sowie Zeiten für das Votieren beim Wähler zu nennen. Den Zeitpunkt der Nachwahl legt der Landeswahlausschuss fest. Eine Nachwahl für den gesamten Wahlkreis ist nicht erforderlich.

12. Wie können im Falle der kurzfristigen Anordnung der ausschließlichen Briefwahl die Nachteile der Briefwahl namentlich ein größeres Manipulationsrisiko durch Unklarheiten, ob der Wähler selbst seine Stimme abgegeben hat, ob er bestochen oder eingeschüchtert wurde, ob er bei der Stimmabgabe unbeobachtet und unbeflüusst war (Kommunalwahlskandal Quakenbrück 2016 und Stendal 2014) beseitigt werden?

Hier verweise ich auf die Stellungnahme und vorgeschlagene Änderung auf dem Wahlschein (zu Punkt 3). Ein Restrisiko bei der Briefwahl bleibt auf Grund der Verfahrensweise.

Vorschlag:

Ich rege überdies an, dass diese Erklärung an Eides statt ggf. durch die Formulierung **„persönlich, ohne ausgeübten Zwang und unter Einhaltung des Wahlgeheimnisses“ erweitert wird.**

13. Wie beurteilen Sie die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs mit der Thüringer Landesverfassung, dem Grundgesetz und sonstigem Recht?

Unter Bezugnahme auf die Stellungnahme zur Drucksache 7/2043 sehe ich die Vereinbarkeit mit der Thüringer Landesverfassung und sonstigen Recht nach erster Prüfung als gegeben.

Die Thematik des Substituierens der Urnen- und Briefwahlmöglichkeit auf nur Briefwahl im Fall eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes (Ultima Ratio) sollte meines Erachtens aus Gründen der Rechtssicherheit mittels Normenkontrolle durch das Verfassungsgericht geprüft werden. Die Rechtsauffassungen hierzu gehen in Deutschland weit auseinander.

14. Ist der Landtag für alle vorgeschlagenen Regelungen zuständiges Organ?

Ja, hierzu verweise ich überdies auf die Stellungnahme.

15. Wie bewerten Sie die vorgeschlagenen Regelungen im Vergleich mit den in anderen Bundesländern und im Bund getroffenen oder geplanten Regelungen zur Durchführung von Wahlen während der Pandemie?

Der Gesetzentwurf von Thüringen regelt meines Erachtens vergleichsweise zum Teil detaillierter die auftretenden Fallkonstruktionen. In der Anlage wurden die Regelungen anderer Länder und des Bundes beigelegt.

16. Ist für die rechtliche Beurteilung von Belang, dass es sich vorliegend nicht um Sonderregelungen für die turnusmäßige Neuwahl, sondern um Vorkehrungen für eine verabredete vorzeitige Neuwahl handelt?

Die Ausführungen im Thüringer Landeswahlgesetz und der Thüringer Landeswahlordnung sollten zukünftig nach folgenden Gesichtspunkten klarer strukturiert werden:

- (1) Turnusgemäße Neuwahl
- (2) Vorgezogene Neuwahl auf Grundlage Artikel 50 der Landesverfassung
- (3) Wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand und Katastrophenfall – gültig für (1) und (2)

Das Involvieren z. B. der „Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen im Landeswahlgesetz und in der Landeswahlordnung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Thüringer Landtags“ in das ThürlWG halte ich für den besseren Weg.

Ein Reagieren auf „Ereignisse“ durch Sonderregelungen zum Teil über Verordnungen, halte ich zukünftig für nicht effizient. Parteien und Wahlorgane benötigen Planungs- und Rechtssicherheit!

Zur Bewertung der Festlegung des Neuwahltermins 25. April 2021 verweise ich auf meine Stellungnahme.

Erschwerend – betrachtet man das vorliegende Gesetzesvorhaben – ist das Zeitfenster zwischen Verabschiedung und Umsetzung, bei der Unsicherheit über die Höhe der Inzidenzen und dem Umgang mit der Krankheit.

Zeitfenster bei Wahlen am 25. April 2021:

- Verabschiedung frühestens: 3. – 5. Februar 2021
- Auflösung des Parlaments: Mitte 02/21
- Aufstellzeitfenster ca. 1 Monat ab Auflösung des Parlaments (1,5 Jahre bei regulärer Wahlperioden)
- Kaum zeitlicher Vorlauf für Parteien.

An dieser Stelle sei ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass eine **zwingende Notwendigkeit** der Durchführung der Neuwahl am 25. April 2021 auf Grund einer zu Ende gehenden Legislaturperiode, wie zum Beispiel in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, **rechtlich nicht besteht**. Die Entscheidung zum Neuwahltermin 2021 treffen gemäß Verfassung Artikel 50 (2) die Abgeordneten des Thüringer Landtags.

17. Wie beurteilen Sie die Vereinbarkeit von Artikel 1 § 2 Abs. 3 S. 1 des Gesetzesentwurfs mit höherrangigem Recht?

Hier verweise ich auf die Stellungnahme.

18. Wie ist es rechtlich zu beurteilen, dass Artikel 1 § 4 des Gesetzesentwurfs die Anwendung einer am 30.11.2020 auslaufenden Verordnung (Zweite Thüringer SARSCoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung vom 7. Juli 2020 (GVBl. S. 349), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. Oktober 2020 (GVBl. S. 544)) für April 2021 vorschreibt?

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung der DS 7/2043 musste vom derzeitigen aktuellen Stand der COVID-19-Verordnungen ausgegangen werden. Da die Verordnung permanent auf die aktuellen pandemischen Gegebenheiten zum Schutz der Bürger angepasst werden, musste das Gesetzesvorhaben DS 7/2043 so gestaltet werden, dass es auch zu späteren angepassten Maßnahmen die vollumfängliche Gültigkeit behält. Diesen Aspekt wurde meines Erachtens Rechnung getragen.

Ich verweise dennoch auf die Ausführungen meiner Stellungnahme zur inhaltlichen Ausgestaltung „...Des Weiteren ist es zwingend erforderlich, dass die bereits im I. Quartal 2021 zu erlassenden infektionsschutzrechtlichen Verordnungen und die mit der DS 7/2043 fixierten wahlrechtlichen Möglichkeiten aufeinander **abgestimmt und kompatibel** sind.

Dieser Sachverhalt gilt sowohl inhaltlich als auch unter territorialen Aspekten für die bereits ab Mitte Februar 2021 stattfindenden Wahlbewerberaufstellverfahren als auch für den ggf. zu ermöglichenden Urnenwahlgang am 25. April 2021.

Ist der gesundheitlich wahlrechtliche Notstand festgestellt (siehe auch § 5), entfällt laut DS 7/2043 sämtliche Möglichkeiten einer Urnenwahl. Ein „Verändern“ dieser Festlegung durch Landkreise und kreisfreie Städte muss durch die Infektionsschutzverordnung ausgeschlossen werden.“

19. Wie kann im Falle der Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes gemäß Artikel 1 § 5 Abs. 1 des Gesetzentwurfs kurz (bspw. 1 Woche) vor dem Wahltag ein rechtzeitiges Verschicken der Briefwahlunterlagen rechtssicher gewährleistet werden? Welche rechtlichen Folgen würde ein verspätetes Verschicken nach sich ziehen?

In meiner Stellungnahme heißt es hierzu:

„Bei der weiteren Verfahrensweise und Organisation zu einem wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand (gesamtes Wahlgebiet oder territorial begrenzt) ist der Aspekt des „Zeitpunktes“ entscheidend.

Hierbei sind, ausgehend vom Feststellungstermin, 3 Fallkonstrukte möglich:

1. Feststellungstermin bis zum 35. Tag vor der Wahl

Bei der Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes bis zum 35. Tag vor der Wahl erhalten alle betroffenen Wahlberechtigten die Briefwahlunterlagen (von Amtswegen, das heißt ohne persönliche Beantragung) die Briefwahlunterlagen zugesandt. Alle Wahlberechtigten erhalten im Wählerverzeichnis den Sperrvermerk „W“ (Briefwahl).

2. Feststellungstermin nach dem 35. Tag vor der Wahl bis zum 5. Tag vor der Wahl

Bei einer Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes nach dem 35. Tag vor der Wahl aber bis zum 5. Tag vor der Wahl, erhalten alle Wahlberechtigten des betreffenden Wahlgebietes von Amtswegen die Wahlbenachrichtigung, ausgenommen diejenigen, für die im Wählerverzeichnis durch den Eintrag des Sperrvermerks „W“ bereits ein Postversand der Briefwahlunterlagen erfolgt ist. Hierdurch wird ein doppelter Versand der Briefwahlunterlagen im bereits angelaufenen Briefwahlzeitraum ausgeschlossen.

3. Feststellungstermin nach dem 5. Tag vor der Wahl bis zum Wahltag

Erfolgt die Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes nach dem 5. Tag vor der Wahl bis zum Wahltag erfolgt eine **Nachwahl** in den betreffenden Gemeinden. Den Zeitpunkt der Nachwahl legt der Landeswahlausschuss fest. Eine Nachwahl für den gesamten Wahlkreis ist nicht erforderlich.“

20. Wie beurteilen Sie, dass sich zwar Problemaufriss und Begründung an ein Fortbestehen der Corona-Pandemie anlehnen, der Text des Gesetzentwurfs selbst aber keine Bedingungen an ein Andauern oder den Fortgang der Corona-Pandemie stellt?

Die COVID-19-Pandemie zeigte bisher, dass die Inzidenzen in den Gemeinden und Landkreisen sich sehr differenziert darstellen (Verlauf, Intensität).

Die Drucksache 7/2043 stellt ein „Maßnahmenpaket“ dar, um überhaupt bei Pandemie oder im Katastrophenfall Wahlen durchzuführen bzw. rechtlich gesichert zum Abschluss zu bringen.

Dies betrifft folgende Aspekte:

- a) das Aufstellverfahren der Wahlbewerber
- b) das Absenken von Quoren im Zulassungsverfahren
- c) das Schaffen von Möglichkeiten der Wahrnehmung des Wahlrechts auch unter Pandemiebedingungen
- d) den Schutz von Leib und Leben der Wähler, der Bediensteten im kommunalen Bereich, der Wahlorgane sowie der über 30.000 ehrenamtlichen Wahlhelfer.

Der vorliegende Gesetzentwurf greift meines Erachtens sämtliche für eine vorzeitig durchzuführende Wahl unter Pandemiebedingungen zu regelnde Aspekte klar strukturiert auf und begründet diese umfänglich.

21. Wie beurteilen Sie Artikel 1 § 5 Abs. 2 des Gesetzentwurfs im Hinblick auf das rechtsstaatliche Gebot der Normenklarheit und Bestimmtheit?

Der Gesundheitsnotstand liegt vor, wenn im Wahlgebiet (Thüringen) oder in Teilen davon Zusammenkünfte jeglicher Art auf Grund von Maßnahmen und Anordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz durch die Gesundheitsbehörden untersagt worden sind. Diese Untersagung muss durch die hierfür fachlich zuständige Behörde begründet werden.

Die Wahlorgane müssen ihre weiteren Entscheidungen auf diese sogenannte Amtshilfe aufbauen und entscheiden.

22. Bei Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzentwurfs handelt es sich nicht um eine Sonderregel für eine vereinbarte vorgezogene Landtagswahl während der Corona-Pandemie, sondern um eine unbefristete Regelung, die das für das Wahlrecht zuständige Ministerium unter bestimmten Voraussetzungen ermächtigt, das gesetzlich und satzungsrechtlich festgelegte Verfahren der Kandidatenaufstellung zu ändern. Wie ist diese Ermächtigungsgrundlage vor dem Hintergrund der bundesverfassungsrechtlich geforderten innerparteilichen demokratischen Prozesse (Art. 21 Abs. 1 S. 3 GG), der Satzungsautonomie der Parteien sowie der ausschließlichen Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes für das Parteienrecht (Art. 21 Abs. 5 GG) zu werten?

Auch hier verweise ich auf meine Stellungnahme, insbesondere auf das „Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie“ sowie auf das „25. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlrechts“. Ich befürworte eine Angleichung der Landesregelung an die Bundesregelung und sehe keine Verletzung von Artikel 21 Absatz 1 S. 2 GG.

Hierzu die Änderung auf Bundesebene:

**Fünfundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes
Vom 14. November 2020**

„(4) Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat wird ermächtigt, im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates von den Bestimmungen über die Aufstellung von Wahlbewerbern abweichende Regelungen zu treffen, um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen zu ermöglichen, wenn der nach § 3 des Wahlprüfungsgesetzes gebildete Ausschuss des Deutschen Bundestages zu einem Zeitpunkt, der näher als neun Monate vor dem Beginn des nach Artikel 39 Absatz 1 Satz 3 des Grundgesetzes bestimmten Zeitraums liegt, feststellt, dass die Durchführung von Versammlungen ganz oder teilweise unmöglich ist.“

23. Art. 2 und 3 regeln im Gegensatz zu Art. 1 des Gesetzentwurfs zeitlich unbefristete Änderungen von Landeswahlgesetz und Landeswahlordnung, die von der erwarteten besonderen Lage im Jahr 2021 losgelöst sind. Halten Sie es im Hinblick auf das

aktuell wegen Art. 1 des Gesetzentwurfs notwendig beschleunigte Gesetzgebungsverfahren für empfehlenswert, Art. 2 und 3 in einem eigenständigen Gesetzgebungsverfahren getrennt sorgfältig und gründlich im herkömmlichen Tempo zu beraten?

Die Beantwortung dieser Frage obliegt den Abgeordneten. An dieser Stelle sollten meine Anregungen zur Struktur von Landeswahlgesetz und -ordnung ggf. ebenfalls diskutiert werden.

Außer der Anfügung im § 72 (4) müssen die weiteren vorgeschlagenen Änderung zwingend (Rechtssicherheit, Klarheit) verabschiedet werden.

24. Wie beurteilen Sie den Gesetzentwurf im Hinblick auf die Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze?

Die Wahlrechtsgrundsätze (allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim) werden bei dem Gesetzentwurf meines Erachtens in allen Artikeln eingehalten. Zur Briefwahl verweise ich darüber hinaus auf die Ausführungen der Stellungnahme.

25. Wie bewerten Sie das Risiko der Gefährdung der Integrität der Wahl bei Durchführung einer kurzfristig angeordneten teilweisen und reinen Urnenwahl unter Berücksichtigung der damit einhergehenden Nachteile wie dem größeren Manipulationsrisiko durch Unklarheiten, ob der Wähler selbst seine Stimme abgegeben hat, ob er bestochen oder eingeschüchtert wurde, ob er bei der Stimmabgabe unbeobachtet und unbeeinflusst war (bspw. Kommunalwahlskandal Quakenbrück 2016 und Stendal 2014).

Hier verweise ich auf die Stellungnahme und auf die Beantwortung von Fragestellungen anderer Parteien.

26. Wie bewerten Sie das Risiko der Gefährdung der Integrität der Wahl bei infektiönschützenden Reglementierung der Wahlbeobachtungen?

Das Wahlgesetz schreibt vor, dass die Auszählung öffentlich ist; Wahlbeobachter sind somit erwünscht und rechtlich zugelassen.

Ich weise vorsorglich darauf hin, dass hier, auf Grund der Größe von Wahlräumen, ein schon jetzt vorhersehbares Konfliktpotenzial in Verbindung mit den Infektionsschutzregeln vorprogrammiert sein könnte.

Ich halte Klarstellungen in der Thüringer Landeswahlordnung für hilfreich, um unnötigen Diskussionen bzw. Vorfällen entgegenzutreten (Abstandsregeln, Meterzahl zu Wahltschen, Begrenzung).

27. Wird der Gesetzentwurf dem für April 2021 zu erwarteten Infektionsgeschehen gerecht?

Das Infektionsgeschehen im April 2021 ist nicht vorhersehbar. Der Gesetzentwurf reagiert mit entsprechenden, dem bisherigen Erkenntnisstand zur Pandemie gerecht werdenden Maßnahmen. So ist die „Bandbreite“ von Urnen und Briefwahlmöglichkeit (niedrigere Inzidenz unter Beachtung der sogenannten „AHA-Regeln“, des Lüftens der Wahlräume, des Desinfizierens ...) bis hin zur „reinen Briefwahl“ (hohe Inzidenz, kein Betreten der öffentlichen Wahlräume möglich) gegeben.

Dabei sollte die von mir über die DS 7/2043 benannten Aspekte ebenfalls berücksichtigt werden

a. Wahlhelfergewinnung

Zur Absicherung der Landtagswahl werden am Wahltag ca. 30.000 ehrenamtliche Wahlhelfer im Einsatz sein. Ca. 40 % der Wahlhelfer waren bei zurückliegenden Wahlen in der Altersgruppe 60+ oder gehörten einer sogenannten Risikogruppe an. Die Wahlhelfergewinnung dürfte sich unter Pandemiebedingungen weitaus schwieriger gestalten, da ein Einsatz der älteren Gruppen, bei einer Einsatzzeit von mindestens 10 Stunden, **primär** nicht anzustreben ist.

In einer weiteren Verpflichtung von Beamten und Angestellten des Landes und der Kommunen sehe ich eine wesentliche Komponente, um diese Ausfälle zu kompensieren. Neugewonnene Wahlhelfer sind umfangreich auf den Einsatz vorzubereiten (Schulungsmaßnahmen). Eine kostenfreie Coronatestung, das Bereitstellen von zwei FFP2-Masken, ein zusätzlicher Bonus zum Erfrischungsgeld sowie die vollumfängliche versicherungstechnische Absicherung im Schadensfall (Haftungsfrage) sind ebenfalls geboten.

2. Bereitstellung von Wahlräumen durch die Gemeindeverwaltungen

Zur Absicherung einer Wahl werden ca. 3.000 Lokationen (Urnen-, Briefwahllokale) benötigt.

Bei der Bewertung der Durchführbarkeit muss zwingend auch die Raumgröße/-kapazität unter pandemischen Aspekten Berücksichtigung finden.

Der Wahlvorstand besteht aus bis zu 9 ehrenamtlich tätigen Bürgern. Setzt man, wie in der Vergangenheit bei COVID-Verordnungen bereits praktiziert, bestimmte Vorgaben, zum Beispiel 10 m²/Person in öffentlichen Räumen an, so müssten für den Wahltag Wahlräume von den Gemeinden bereitgestellt werden, die unter Umständen, nach Informationen der Kreiswahlleiter, tatsächlich nicht bereitgestellt werden könnten. Zusätzliche Mietkosten für nichtöffentliche Lokalitäten wären die Folge.

Die Entscheidung zu einem Wahltermin am 25. April 2021 trifft der Landtag selbst, gemäß Artikel 50 der Landesverfassung.

28. Welche Maßnahmen müssen in den Wahllokalen umgesetzt werden, um eine Infektion der Wahlhelfer und der Wähler auszuschließen?

Bei der Einrichtung von Wahlräumen und für die Durchführung der Wahlhandlung haben die Gemeinden ein Infektionsschutzkonzept zu erstellen. Die Gesundheitsbehörden unterstützen die Gemeinden und Wahlbehörden bei der Erstellung der Infektionsschutzkonzepte.

Inhaltliche Schwerpunkte müssen sein, wie z. B.

- Abstandsregeln
- Tragen von Mund-Nase-Bedeckung
- Plexiglas/Folien zur Abtrennung an Wahltschen
- „Einbahnstraßenprinzip“ im Wahllokal
- Mitbringen von Stiften durch den Wähler
- Desinfizieren Wahltsche, Wahlstifte
- Lüften der Wahlräume
- u.a.

Mittels Rundschreiben habe ich als Landeswahlleiter den Kreiswahlleitern bereits eine erste Handreichung (Rahmenkonzept) übermittelt.

29. Unter welchen pandemischen Bedingungen wäre eine Urnenwahl nicht mehr zu verantworten?

Die Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes obliegt dem Thüringer Landtag (gesamtes Wahlgebiet) bzw. der Landesregierung und des Gesundheitsausschusses des Thüringer Landtags (territorial begrenztes Wahlgebiet). Die Feststellung basiert auf der fachlichen Einschätzung der Gesundheitsbehörden. Der Landeswahlausschuss trifft als Gremium darauf aufbauend die Entscheidungen zu weiteren Verfahren (z. B. Umswitchen auf nur Briefwahl).

30. Gehen Sie davon aus, dass Infektionsschutzmaßnahmen, die das Corona-Infektionsgeschehen im November 2020 regeln, im April 2021 notwendig und auch angemessen sein werden?

Das Infektionsgeschehen im April 2021 ist nicht vorhersehbar. Mit dem Votum Mitte Februar 2021 treffen die Abgeordneten selbst die Entscheidung.

31. Könnte bei einem Infektionsgeschehen in einem Wahllokal eine erfolgreiche Kontaktnachverfolgung durchgeführt werden? Welche Folgen hat eine erfolglose Kontaktnachverfolgung?

Zur Kontaktnachverfolgung habe ich nachfolgenden Vorschlag in meiner Stellungnahme bereits eingebracht:

Kontaktnachverfolgungen sind in dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht vorgesehen, wären aber m.E., mit vertretbarem Aufwand organisatorisch machbar.

Statt der Kennzeichnung für ein erfolgtes Votum per Urnenwahl (i.d.R. durch Abhaken im Wählerverzeichnis) wäre das Eintragen der Uhrzeit möglich, um eine Kontaktnachverfolgung zeitlich einzugrenzen. Da die Erreichbarkeit des Bürgers (Adresse) in der Gemeinde bekannt ist, dürfte dies für die Gesundheitsämter eine wichtige Quelle im Bedarfsfall darstellen.

Datenschutzrechtliche Bedenken hätte ich nach erster Prüfung nicht, da die Vorgehensweise es verfahrenstechnisch der bereits praktizierten Verfahrensweise (Registratur bei Restaurantbesuchen) im 1. Lockdown identisch ist. Die Wählerverzeichnisse sind gemäß § 85 Absatz 2 nach Ablauf von 6 Monaten nach der Wahl zu vernichten.

32. Welches Infektionsrisiko geht von Kontaktflächen, Papieraustausch und Kollektivarbeit (Übergaben der Wahlunterlagen, Kontrollzählung durch eine andere Person und Zählblattdiktat) aus und wie kann dieses Risiko minimiert werden?

Das Infektionsrisiko von Kontaktflächen, dem Papieraustausch und der Kollektivarbeit (Übergabe von Unterlagen etc.) sollte abschließend durch die Gesundheitsbehörden (fachlich zuständig) bewertet werden und in den Infektionsschutzregelungen für den Wahlablauf (siehe auch Antwort zur Frage 28) ihren Niederschlag finden.

In einem Gespräch am 12. Januar 2021 mit Ministerin Werner habe ich diesen Aspekt unter anderem auch thematisiert und die Handreichung (Entwurf Rahmenkonzept) zur weiteren Bearbeitung übergeben.

**Stellungnahmen der Kreiswahlleiter zur Wahl des 8. Thüringer Landtags
zum Gesetzentwurf ThürVorNWDG2021**

Wahlkreis/Kreiswahlleiter	Stellungnahme
WK 1: Eichsfeld I WK 2: Eichsfeld II	<ul style="list-style-type: none"> - Schwierigkeiten bei Wahlberechtigten „vor“ dem Wahllokal nach 18 Uhr
WK 3: Nordhausen I WK 4: Nordhausen II	<ul style="list-style-type: none"> - Verlängerung der Wahlzeit nicht zielführend - Durchsetzung der Infektionsschutzkonzepte könnte punktuell schwierig werden (Wähler ohne Mund-Nase-Bedeckung) - kurzfristiger Wechsel auf Briefwahl von Amts wegen problematisch - Vorlauf sollte 3 Monate betragen
WK 5: Wartburgkreis I WK 6: Wartburgkreis II/Eisenach WK 7: Wartburgkreis III	<ul style="list-style-type: none"> - Verlängerung der Wahldauer verhindert nicht die Ansammlung von Wählern – Erhöhung des Erfrischungsgeldes vorsehen - Entscheidung über Festlegung einer Briefwahl von Amts wegen spätestens mit Auflösung des Landtags - im Landeswahlrecht sind keine Briefwahl-„lokale“ bekannt - ist bei rechtzeitiger Festlegung einer Briefwahl von Amts wegen auf die Wahlbenachrichtigung zu verzichten
WK 8: Unstrut-Hainich-Kreis I WK 9: Unstrut-Hainich-Kreis II	Fehlmeldung
WK 10: Kyffhäuserkreis I WK 11: Kyffhäuserkreis II	<ul style="list-style-type: none"> - Absenkung der Anzahl der Unterstützungsunterschriften auch für andere Wahlkreisvorschläge (§ 22 Absatz 3) - Öffnungsklauseln bei Mitglieder-, Vertreterversammlung sollten evtl. generell Anwendung finden - Verlängerung der Wahlzeit sollte für alle Wahlen erwogen werden - kurzfristige Bestellung von Wahlunterlagen ist nicht möglich - Vergäberechtliche Öffnungsklauseln bei vorgezogenen Neuwahlen werden als sinnvoll erachtet
WK 12: Schmalkalden-Meiningen I WK 13: Schmalkalden-Meiningen II	keine Stellungnahme erfolgt

Wahlkreis/Kreiswahlleiter	Stellungnahme
WK 14: Gotha I WK 15: Gotha II	<ul style="list-style-type: none"> - keine Verlängerung der Wahlzeit, da Wahlbezirksgröße schon auf 1500 Einwohner begrenzt ist → Abgabezeit der Wahlbriefe müsste bei Verlängerung der Wahlzeit ebenfalls geändert werden - Festlegung eines Zeitpunktes für die Briefwahl von Amts wegen → evtl. muss veröffentlichte Wahlbekanntmachung ersetzt oder aufgehoben werden - Briefwahlunterlagen können nur nach Beantragung ausgegeben werden (§ 19 Abs. 3 ThürLWG, § 23 ThürLWO i.V.m. § 26 Abs. 3 ThürLWO) - Umstellung auf Briefwahl von Amts wegen spätestens vor dem Versand der Wahlbenachrichtigungen (34. Tag vor dem Wahltag) - Aussage zur Kostenerstattung von Mehraufwendungen durch Hygienekonzepte oder Briefwahl von Amts wegen ist geboten
WK 16: Sömmerda I/Gotha III WK 17: Sömmerda II	Fehlmeldung
WK 18: Hildburghausen I/ Schmalkalden-Meiningen III	keine Stellungnahme erfolgt
WK 19: Sonneberg I WK 20: Hildburghausen II/Sonneberg II	<ul style="list-style-type: none"> - kurzfristige Beschaffung der Briefwahlunterlagen bei Feststellung des Gesundheitsnotstandes ist nicht möglich – Unterlagen müssen vorher beschafft werden → erheblicher Kostenanstieg - wenn Feststellung des Gesundheitsnotstandes zu nah am Wahltag können Urnenwähler evtl. die Briefwahlunterlagen nicht mehr rechtzeitig erhalten - Kostenseigerung bei Briefwahl von Amts wegen beträchtlich - Besetzung der Wahlvorstände nicht gewährleistet (bislang überwiegend mit älteren Bürgern der „Risikogruppe“) - Verlängerung der Wahlzeit nicht erforderlich - Umsetzung der Hygieneschutzkonzepte mit erhöhtem Kostenaufwand verbunden
WK 21: Suhl/Schmalkalden-Meiningen IV	<ul style="list-style-type: none"> - keine Öffnung der Wahllokale bis 20 Uhr - zweigleisige Vorbereitung (Urne+Briefwahl und Briefwahl von Amts wegen) ist für kreisfreie Städte schwer realisierbar - fehlende Regelungen zu <ul style="list-style-type: none"> a) Mund-Nase-Bedeckung-Verweigerern b) Wähler mit offensichtlichen Symptomen c) Wähler, die kurzfristig in Quarantäne müssen und Briefwahl durchführen möchten - thüringeweit einheitliches Hygienekonzept ist wichtig

Wahlkreis/Kreiswahlleiter	Stellungnahme
WK 22: Ilm-Kreis I WK 23: Ilm-Kreis II	<ul style="list-style-type: none"> - keine Verlängerung der Wahlzeit → evtl. Schwierigkeiten bei Wahlhelfergewinnung - eindeutige Regelung zu „vor dem Wahlraum“ - Erstellung von Infektionsschutzkonzepten durch Gemeinden führt zu erheblichem Mehraufwand → Musterkonzepte seitens des Landeswahlleiters - Festlegung auf Briefwahl von Amts wegen muss 4 Wochen vor Wahltermin festgelegt werden - Kostenübernahme für Hygienevorkehrungen durch Land
WK 24: Erfurt I WK 25: Erfurt II WK 26: Erfurt III WK 27: Erfurt IV	<ul style="list-style-type: none"> - Angleichung der Zahl der Unterstützungsunterschriften für andere Wahlkreisvorschläge - Erhöhung der Wahlhelferentschädigung - Rahmenvertrag mit DPAG für alle Gemeinden gültig - Schulung der Wahlhelfer nicht mehr in Präsenzveranstaltungen möglich
WK 28: Saalfeld-Rudolstadt I WK 29: Saalfeld-Rudolstadt II	Fehlmeldung
WK 30: Weimarer Land I/Saalfeld-Rudolstadt III WK 31: Weimar I/Weimarer Land II	Fehlmeldung
WK 32: Weimar II	<ul style="list-style-type: none"> - keine Verlängerung der Wahlzeit – noch weniger Bereitschaft der Bevölkerung zum Einsatz im Wahlvorstand
WK 33: Saale-Orla-Kreis I WK 34: Saale-Orla-Kreis II	<ul style="list-style-type: none"> - keine Verlängerung der Wahlzeit – praktische Umsetzung und Auszählung über die vielen Stunden durch die Wahlhelfer nicht zumutbar
WK 35: Saale-Holzland-Kreis I WK 36: Saale-Holzland-Kreis II	<ul style="list-style-type: none"> - Herabsetzung der Zahl der Unterstützungsunterschriften auch für andere Wahlvorschläge - LWL <u>soll</u> den Parteien Anwendungshinweise geben - keine Verlängerung der Wahlzeit, auch im Hinblick auf die Wahlhelferwerbung und Ergebnisermittlung (evtl. Risikozuschlag beim Erfrischungsgeld) - Infektionsschutzkonzept sollte durch Ministerium als verbindliches Muster für alle Wahllokale erstellt werden - Kurzfristiges Festlegen auf Briefwahl von Amts wegen wird als problematisch erachtet - keine Regelungen zur Verfahrensweise bei kurzfristiger Quarantäne der Mitglieder des Wahlvorstandes

Wahlkreis/Kreiswahlleiter	Stellungnahme
WK 37: Jena I WK 38: Jena II	<ul style="list-style-type: none"> - bereits jetzt sind Vorbereitungen im Gange - Wahlräume müssen neu verhandelt werden (Wegfall der Wahlräume in Senioren- und Altenheimen) - Verlage und Druckereien brauchen mindestens 6 Wochen Vorlauf bei Druckaufträgen - Parallelplanung von Urnen- und Briefwahl bzw. Briefwahl von Amts wegen verursacht unnötige Kosten und Unsicherheiten vor Ort - Entscheidung zur Umstellung auf Briefwahl von Amts wegen sollte mit Auflösung des Landtags getroffen werden – spätestens 1 Woche vor dem Versand der Wahlbenachrichtigungen - zusätzliche Schulungen und Aufstockung für Wahlvorstände, die in Briefwahlvorstände umgewandelt werden bei Festlegung einer Briefwahl von Amts wegen - erhöhter Kostenaufwand auch für das Personal zur Erarbeitung von Infektionsschutzkonzepten - Anwendungshinweise durch den das Land oder den LWL zur Überprüfung der Wahlveranstaltungen von Parteien - Ablehnung der Verlängerung der Wahlzeit - klare gesetzliche Regelungen bei Mißachtung des Infektionsschutzgesetzes
WK 39: Greiz I WK 40: Greiz II	<ul style="list-style-type: none"> - Herabsetzung der Anzahl der Unterstützungsunterschriften setzt Fehlanreize - Belastung der Wahlvorstände durch Hygienemaßnahmen höher als sonst, daher keine Verlängerung der Wahlzeit bis 20 Uhr - kurzfristige Festlegung einer Briefwahl von Amts wegen ist durch die Gemeinden nur umzusetzen, wenn Briefwahlunterlagen bereits beschafft wurden – Zusage zur Kostenerstattung - Erstattung des pandemiebedingten Mehraufwands einplanen
WK 41: Gera I WK 42: Gera II	<ul style="list-style-type: none"> - zeitlicher Vorlauf von mehreren Monaten bei der Gewinnung von Wahlhelfern und Materialbestellungen - parallele Planung Urne- und Briefwahl sowie Briefwahl von Amts wegen erscheint unverhältnismäßig - Kostenerstattung für Erstellung und Durchführung von Infektionsschutzkonzepten - bereits jetzt sollte festgelegt werden, ob eine Briefwahl von Amts wegen durchgeführt wird
WK 43: Altenburger Land I WK 44: Altenburger Land II	<ul style="list-style-type: none"> - relevante Umsetzungsprobleme werden für die Wahlorgane nicht gesehen

Fazit der Stellungnahmen der Kreiswahlleiter:

- von einer Verlängerung der Wahlzeit bis 20 Uhr ist abzusehen, da dies keine Spitzenzeiten der Wähler entzerzt und die Ergebnisermittlung evtl. am Wahltag nicht mehr möglich ist
- ein Wechsel von Urnen- und Briefwahl auf Briefwahl von Amts wegen kurz vor dem Wahltag ist für die Städte und Gemeinden nicht realisierbar → Festlegung einer Briefwahl von Amts wegen sollte ggf. mit der Auflösung des Landtags bereits getroffen werden, spätestens 35. Tag vor der Wahl
- Beachtung der Rechtsgrundlagen, dass Briefwahlunterlagen nur nach Beantragung erhältlich sind - § 19 Abs. 3 ThürLWG, § 23 ThürLWO i.V.m. § 26 Abs. 3 ThürLWO → Kann der Landeswahlausschuss diese nicht durch Verordnung einfach aufheben? → rechtlich prüfen!
- bei Entscheidung einer Briefwahl von Amts wegen muss eine Regelung zur Verfahrensweise mit der Übermittlung der Wahlbenachrichtigungen getroffen werden
- verbindlicher Rahmenvertrag mit DPAG für alle Gemeinden zum Versand der Wahlunterlagen → TMIK prüfen!
- Infektionsschutzkonzept sollte zentral durch das Ministerium als verbindliches Muster erstellt werden
- Durchsetzung der Infektionsschutzkonzepte durch den Wahlvorstand wird als problematisch angesehen (z.B.: wenn ein Wähler keinen Mund-Nase-Bedeckung tragen will, Rechtsfolge benennen)
- Kostenerstattung muss durch Land eindeutig geregelt sein
- Herabsetzung des Quorums für Unterstützungsunterschriften muss auch für andere Wahlvorschläge § 22 Abs. 3 ThürLWG gelten (Erweiterung in § 2 Abs. 1 ThürVorNWDG 2021)

**Gesetz
zur Änderung des Bundeswahlgesetzes
und des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-,
Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht
zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie**

Vom 28. Oktober 2020

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

**Änderung des
Bundeswahlgesetzes**

§ 52 des Bundeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juni 2020 (BGBl. I S. 1409) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Bundeswahlordnung“ durch die Wörter „Erlass von Rechtsverordnungen“ ersetzt.
2. Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird das Wort „erläßt“ durch das Wort „erlässt“ ersetzt.
 - b) Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird das Wort „Beschlussfähigkeit“ durch das Wort „Beschlussfähigkeit“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 11 wird das Wort „Wahlzellen“ durch das Wort „Wahlkabinen“ ersetzt.

3. Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat wird ermächtigt, im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages von den Bestimmungen über die Aufstellung von Wahlbewerbern abweichende Regelungen zu treffen und Abweichungen der Parteien von entgegenstehenden Bestimmungen ihrer Satzungen zuzulassen, um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen, soweit erforderlich, zu ermöglichen, wenn der Deutsche Bundestag zu einem Zeitpunkt, der näher als neun Monate vor dem Beginn des nach Artikel 39 Absatz 1 Satz 3 des Grundgesetzes bestimmten Zeitraums liegt, feststellt, dass die Durchführung von Versammlungen ganz oder teilweise unmöglich ist. Stehen einem rechtzeitigen Zusammentritt des Deutschen Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegen oder ist er nicht beschlussfähig, so entscheidet der nach § 3 des Wahlprüfungsgesetzes gebildete Ausschuss des Deutschen Bundestages über die Feststellung und die Zustimmung nach Satz 1. Durch Rechtsverordnung nach Satz 1 können Regelungen getroffen werden, die den Parteien für die Wahl bei Vorliegen der in Satz 1 genannten Umstände eine Abweichung von den entgegenstehenden Bestim-

mungen dieses Gesetzes, der Bundeswahlordnung und, sofern eine Satzungsänderung wegen der in Satz 1 genannten Umstände und der in diesem Gesetz und der Bundeswahlordnung bestimmten Fristen und Termine nicht mehr rechtzeitig möglich ist, ihrer Satzungen ermöglichen, insbesondere,

1. um die Wahl der Wahlbewerber und der Vertreter für die Vertreterversammlungen unter Verringerung der satzungsgemäßen Zahl der Vertreter in der Vertreterversammlung oder anstatt durch eine Mitgliederversammlung durch eine Vertreterversammlung durchführen zu können,
2. um Mitglieder- oder Vertreterversammlungen in der Form mehrerer miteinander im Wege der elektronischen Kommunikation verbundener gleichzeitiger Teilversammlungen an verschiedenen Orten durchführen zu können,
3. um die Wahrnehmung des Vorschlagsrechts, des Vorstellungsrechts und der sonstigen Mitgliederrechte mit Ausnahme der Schlussabstimmung über einen Wahlvorschlag ausschließlich oder zusätzlich im Wege elektronischer Kommunikation ermöglichen zu können,
4. um die Wahl von Wahlbewerbern und Vertretern für die Vertreterversammlungen im Wege der Briefwahl oder einer Kombination aus Urnenwahl und Briefwahl durchführen zu können.“

Artikel 2

**Änderung
des Gesetzes über
Maßnahmen im Gesellschafts-,
Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs-
und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung
der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie**

§ 5 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 569, 570) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird nach dem Wort „Vereine“ das Wort „Parteien“ eingefügt.
2. Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Absatz 1 gilt für Vorstandsmitglieder und Vertreter in den sonstigen Organen und Gliederungen der Parteien entsprechend. Absatz 2 Nummer 1 gilt für Mitglieder- und Vertreterversammlungen der Parteien und ihrer Gliederungen sowie ihrer sonstigen Organe entsprechend. Dies gilt nicht für die Beschlussfassung über die Satzung und die Schlussabstimmung bei Wahlen nach § 9 Absatz 4

des Parteiengesetzes. Die Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten kann der Vorstand auch ohne Ermächtigung in der Satzung im Wege der Briefwahl oder auch zeitlich versetzt als Urnenwahl an verschiedenen Orten zulassen. § 17 Satz 2 des Parteiengesetzes bleibt unberührt."

Artikel 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Artikel 1 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 28. Oktober 2020

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
des Innern, für Bau und Heimat
Horst Seehofer

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern:

Berlin, den 17.06.2020

Manuela Schwesig

Für das Land Niedersachsen:

Hannover, den 15.6.2020

Stephan Weil

Für das Land Nordrhein-Westfalen:

Düsseldorf, den 14.6.2020

Armin Laschet

Für das Land Rheinland-Pfalz:

Mainz, den 12.6.2020

Malu Dreyer

Für das Saarland:

Saarbrücken, den 15.6.2020

Tobias Hans

Für den Freistaat Sachsen:

Dresden, den 16. Juni 2020

Michael Kretschmer

Für das Land Sachsen-Anhalt:

Magdeburg, den 16.06.2020

Dr. Reiner Haseloff

*»Erklärung Sachsen-Anhalts bei der Unterzeichnung:
Sachsen-Anhalt hat sich am 12. März 2020 im Rahmen
der MPK-Beschlussfassung enthalten. Diese Unter-
schrift dient dazu, die den 16 Länderparlamenten oblie-
gende Entscheidung zu ermöglichen.«*

Für das Land Schleswig-Holstein:

Kiel, den 12.6.20

Daniel Günther

Für den Freistaat Thüringen:

Erfurt, den 16.6.2020

Bodo Ramelow

Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes

Vom 12. November 2020

Der Landtag hat am 12. November 2020 das folgende
Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Landtagswahlgesetzes

Nach § 24 Absatz 2 des Landtagswahlgesetzes in der
Fassung vom 15. April 2005 (GBl. S.384), das zuletzt
durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Oktober 2020
(GBl. S.910) geändert worden ist, wird folgender Ab-
satz 2a eingefügt:

»(2a) Abweichend von Absatz 2 Sätze 2 und 3 sind bei
der Landtagswahl am 14. März 2021 jeweils 75 Unter-
schriften erforderlich.«

Artikel 2

Weitere Änderung des Landtagswahlgesetzes

§ 24 Absatz 2a des Landtagswahlgesetzes in der Fassung
vom 15. April 2005 (GBl. S.384), das zuletzt durch Arti-
kel 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird aufge-
hoben.

Artikel 3

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in
Kraft, soweit in Absatz 2 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Artikel 2 tritt am 15. März 2021 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist
zu verkünden.

STUTTGART, den 12. November 2020

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

KRETSCHMANN

STROBL

DR. EISENMANN

BAUER

DR. HOFFMEISTER-KRAUT

LUCHA

HERMANN

**Landesgesetz
zur Änderung des Landeswahlgesetzes und
des Kommunalwahlgesetzes
Vom 17. Dezember 2020**

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Landeswahlgesetz in der Fassung vom 24. November 2004 (GVBl. S. 519), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Juni 2020 (GVBl. S. 240), BS 1110-1, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 34 wird folgender Absatz 4 angefügt:
„(4) Abweichend von § 34 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 1 muss für die Landtagswahl am 14. März 2021 jeder Wahlkreisvorschlag von mindestens 50 Stimmberechtigten des Wahlkreises persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein.“
2. Dem § 35 wird folgender Absatz 5 angefügt:
„(5) Abweichend von § 35 Abs. 4 Satz 3 Halbsatz 1 muss für die Landtagswahl am 14. März 2021 jede Landesliste von mindestens so viel Stimmberechtigten des Landes, jede Bezirksliste von mindestens so viel Stimmberechtigten des Bezirks persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein, wie es der Anzahl von Wahlkreisen im Lande, für Bezirkslisten im Bezirk, vervielfacht mit 10, entspricht.“
3. In § 52 Abs. 3 Satz 1 wird die Verweisung „§ 59 Abs. 3 Satz 2“ durch die Verweisung „§ 59 Abs. 4 Satz 2“ ersetzt.
4. § 88 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Ausführungsbestimmungen“ die Worte „und Bestimmungen zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl“ angefügt.
 - b) Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:
„(3) Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen, um für den Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl zu ermöglichen. Der Landeswahlleiter kann im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation auf Antrag des Kreiswahlleiters die ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder Wahlkreisen frühestens 45 Tage vor dem Wahltag anordnen, wenn aufgrund der bisherigen Entwicklung davon auszugehen ist, dass
 1. das öffentliche Leben am Wahltag in dem betroffenen Stimmbezirk oder Wahlkreis insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen sein wird,
 2. die Stimmabgabe in Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich sein wird und
 3. die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Stimmbezirk oder Wahlkreis möglich sein wird.
 Die Anordnung über die ausschließliche Briefwahl ist vom Landeswahlleiter unverzüglich öffentlich bekannt zu machen.

(4) Absatz 3 gilt entsprechend für die Durchführung von Volksentscheiden.“

5. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend der vorstehenden Bestimmung geändert.

Artikel 2

Das Kommunalwahlgesetz in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVBl. S. 297), BS 2021-1, wird wie folgt geändert:

§ 76 wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden nach dem Wort „Ausführungsbestimmungen“ die Worte „und Bestimmungen zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl“ angefügt.
2. Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:
„(3) Das fachlich zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen, um für den Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl zu ermöglichen. Der Landeswahlleiter kann im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation auf Antrag des zuständigen Wahlleiters die ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder kommunalen Gebietskörperschaften frühestens 45 Tage vor dem Wahltag anordnen, wenn aufgrund der bisherigen Entwicklung davon auszugehen ist, dass
 1. das öffentliche Leben am Wahltag in dem betroffenen Stimmbezirk oder der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen sein wird,
 2. die Stimmabgabe in Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich sein wird und
 3. die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Stimmbezirk oder der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft möglich sein wird.
 Die Anordnung über die ausschließliche Briefwahl ist vom Landeswahlleiter unverzüglich öffentlich bekannt zu machen.
- (4) Absatz 3 gilt entsprechend für die Durchführung von Bürgerentscheiden.“
3. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend der vorstehenden Bestimmung geändert.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Artikel 1 Nr. 1 und 2 tritt mit Ablauf des 14. März 2021 außer Kraft.

Mainz, den 17. Dezember 2020

Die Ministerpräsidentin

Malu Dreyer

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt

31. Jahrgang

Ausgegeben in Magdeburg am 9. November 2020

Nummer 39

INHALT

Tag		Seite
2. 11. 2020	Gesetz zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes und wahlrechtlicher Vorschriften ... zu: 2020.95, 111.1, 2020.13	630
3. 11. 2020	Verordnung zur Durchführung der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung neu: 786.2	633
2. 11. 2020	Fünfte Verordnung zur Änderung der Reise-, Umzugskosten- und Trennungsgeldverordnung zu: 2030.79	635
2. 11. 2020	Verordnung über die monatlichen Zuweisungen an die Gemeinden und Verbandsgemeinden im Land Sachsen-Anhalt nach dem Kinderförderungsgesetz neu: 2160.41	636

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit nach Gegenzeichnung ausfertigt wird und zu verkünden ist:

Gesetz
zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes und wahlrechtlicher Vorschriften.

Vom 2. November 2020.

Artikel 1
Kommunalverfassungsgesetz

Das Kommunalverfassungsgesetz vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2020 (GVBl. LSA S. 372), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltstübersicht wird nach der Angabe zu § 56 folgende Angabe eingefügt:

„§ 56a Abstimmungen in außergewöhnlichen Notsituationen“.

2. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Satzungen sind vom Hauptverwaltungsbeamten zu unterzeichnen und öffentlich bekannt zu machen. Die öffentliche Bekanntmachung kann durch Aushang, in einem amtlichen Bekanntmachungsblatt, in einer oder mehreren Zeitungen oder im Internet erfolgen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Die ortsübliche Form der öffentlichen Bekanntmachung ist in der Hauptsatzung zu bestimmen. In der Hauptsatzung ist darauf hinzuweisen, dass in der Kommunalverwaltung Satzungen eingesehen und kostenpflichtig Kopien gefertigt werden können. Erfolgt die öffentliche Bekanntmachung durch Aushang, in einem amtlichen Bekanntmachungsblatt oder in einer oder mehreren Zeitungen, soll der Text bekannt gemachter Satzungen auch über das Internet zugänglich gemacht werden.“

- b) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Die öffentliche Bekanntmachung im Internet erfolgt durch Bereitstellung der Satzung auf einer Internetadresse der Kommune unter Angabe des Bereitstellungstages. Satzungen sind mit ihrer Bereitstellung nach Satz 1 öffentlich bekannt gemacht. Die Kommune hat auf die Internetadresse, unter der die Bereitstellung der Satzung erfolgt ist, unverzüglich durch Aushang, im amtlichen Bekanntmachungsblatt oder in einer Zeitung nachrichtlich hinzuweisen. Die Form der Bekanntmachung des Hinweises nach Satz 3 und die Internetadresse sind in der Hauptsatzung zu bestimmen. Satzungen, die durch das Internet bekannt gemacht wurden, sind für die Dauer ihrer Gültigkeit im Internet bereitzustellen und in der bekannt gemachten Fassung durch technische und organisatorische Maßnahmen zu sichern. Die Bereitstellung im Internet darf nur auf einer ausschließlich in der Verantwortung der Kommune betriebenen Internetadresse erfolgen; die Kommune darf sich zur

Einrichtung und Pflege dieser Internetadresse eines Dritten bedienen.“

- c) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 3 und 4.

- d) In Absatz 4 wird die Angabe „Absätze 1 und 2“ durch die Angabe „Absätze 1 bis 3“ ersetzt.

3. In § 54 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

4. § 56 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Satz 1 wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„Abstimmungen im Rahmen von Präsenzsitzungen können auch im Wege der elektronischen Form erfolgen; die Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung.“

- b) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden die Sätze 3 und 4.

5. Nach § 56 wird folgender § 56a eingefügt:

„§ 56a

**Abstimmungen in außergewöhnlichen
Notsituationen**

(1) Soweit eine Naturkatastrophe, eine epidemische oder pandemische Lage oder eine sonstige außergewöhnliche Notsituation die ordnungsgemäße Durchführung der Sitzungen der Vertretung und ihrer Ausschüsse unzumutbar macht, finden die Regelungen der Absätze 2 bis 6 Anwendung. Die Kommunalaufsichtsbehörde stellt die Notsituation im Sinne von Satz 1 fest und bestimmt den Zeitraum der Anwendbarkeit der Regelungen. Die kommunalaufsichtliche Feststellung entfällt, soweit und solange eine landesweite epidemische oder pandemische Lage durch den Landtag nach § 161 Abs. 2 Satz 2 bis 4 festgestellt wird. Die Kommune hat sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit in geeigneter Weise Kenntnis über die in Anspruch genommenen Abweichungsmöglichkeiten nach den Absätzen 2 bis 6 erhält.

(2) Zur Sicherstellung der Beratungen und Abstimmungen können notwendige Sitzungen der Vertretung und ihrer Ausschüsse ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder in einem Sitzungsraum als Videokonferenz durch zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton durchgeführt werden. Das Nähere zur Durchführung der Videokonferenz regelt die Geschäftsordnung. In einer Videokonferenzsitzung dürfen Wahlen im Sinne von § 56 Abs. 3 nicht durchgeführt werden; im Übrigen sind die für den Geschäftsgang der Sitzungen der Vertretung und Ausschüsse geltenden Bestimmungen entsprechend anzuwenden. Die Kommune hat sicherzustellen, dass die technischen Anforderungen und die datenschutz-

rechtlichen Bestimmungen für eine ordnungsgemäße Durchführung der Videokonferenzsitzung einschließlich Beratung und Abstimmung eingehalten werden. Bei öffentlichen Videokonferenzsitzungen ist mindestens zu gewährleisten, dass Presse, Rundfunk und ähnliche Medien und die interessierte Öffentlichkeit in öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten die Sitzung zeitgleich verfolgen können. Zeit und Tagesordnung einer Videokonferenzsitzung sind rechtzeitig ortsüblich bekannt zu machen; dabei ist die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, in welcher Weise die öffentliche Videokonferenzsitzung verfolgt werden kann.

(3) Die Vertretung und ihre Ausschüsse können über Verhandlungsgegenstände im Wege eines schriftlichen oder elektronischen Verfahrens abstimmen, soweit sich vier Fünftel der Mitglieder der Vertretung oder des Ausschusses mit diesem Verfahren einverstanden erklären. Im schriftlichen oder elektronischen Verfahren dürfen Wahlen im Sinne von § 56 Abs. 3 nicht durchgeführt werden. Vor der Abstimmung im schriftlichen oder elektronischen Verfahren ist der Verhandlungsgegenstand grundsätzlich mittels geeigneter technischer Hilfsmittel, insbesondere in Form einer Telefonkonferenz oder einer Videokonferenz, zu beraten. Hierauf kann verzichtet werden, wenn der Verhandlungsgegenstand in einer Präsenzsitzung bereits behandelt oder im Rahmen einer Präsenzsitzung auf eine Vorberatung verzichtet wurde. Der Zeitpunkt der Beschlussfassung im schriftlichen oder elektronischen Verfahren und die Zusammenstellung der Abstimmungsgegenstände sind rechtzeitig ortsüblich bekannt zu machen. Für die Abstimmung im schriftlichen oder elektronischen Verfahren ist jedem Mitglied eine Beschlussvorlage zur Verfügung zu stellen, die alle zur Abstimmung erforderlichen Informationen und eine Frist enthält, bis zu der die Stimme abzugeben ist; für die Abstimmung gilt § 56 Abs. 2 Satz 3 und 4. Beschlüsse, die im schriftlichen oder elektronischen Verfahren gefasst wurden, oder ihr wesentlicher Inhalt sowie das jeweilige Abstimmungsvotum der Mitglieder sind in ortsüblicher Weise der Öffentlichkeit zugänglich zu machen; § 52 Abs. 2 gilt entsprechend. Die Vertretung oder der Ausschuss setzt die im schriftlichen oder elektronischen Verfahren gefassten Beschlüsse auf die Tagesordnung seiner nächsten Präsenzsitzung und kann diese aufheben oder ändern. Soweit sie noch nicht erledigt oder nicht bereits Rechte Dritter entstanden sind, Beschlüsse von Ausschüssen, die zur Vorberatung der Verhandlungen oder einzelner Verhandlungsgegenstände der Vertretung im schriftlichen oder elektronischen Verfahren gefasst wurden und die von der Vertretung behandelt wurden, können nur von der Vertretung aufgehoben oder geändert werden.

(4) Die Beteiligung der beschließenden Ausschüsse nach § 48 Abs. 3 Satz 1 bei der Vorbereitung der Beschlüsse der Vertretung kann unterbleiben.

(5) Die Regelung zur Einberufung der Vertretung nach § 53 Abs. 5 Satz 1, 2, Alternative findet keine Anwendung.

(6) Im Rahmen der Anhörung nach § 84 Abs. 2 kann anstelle des Ortschaftsrates der Ortsbürgermeister angehört werden, soweit der Ortsbürgermeister hierzu sein Einverständnis erklärt."

6. § 63 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 2 wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:

„Im Falle des Vorliegens einer außergewöhnlichen Notsituation im Sinne von § 56a Abs. 1 kann die Vorstellung der Bewerber nach Satz 2 im Wege einer Videokonferenz erfolgen; § 56a Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.“

b) Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.

7. Dem § 100 Abs. 1 wird folgender Satz 5 angefügt:

„Zur Behebung von Fehlern kann die Haushaltssatzung auch nach Ablauf des Haushaltsjahres geändert oder erlassen werden.“

8. § 103 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Haushaltssatzung kann nur durch Nachtragshaushaltssatzung geändert werden, die bis zum Ablauf des Haushaltsjahres zu beschließen ist; § 100 Abs. 1 Satz 5 findet keine Anwendung.“

9. § 161 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Im Falle des Vorliegens einer landesweiten epidemischen oder pandemischen Lage wird das für Kommunalangelegenheiten zuständige Ministerium zum Zweck der Sicherung der kommunalen Haushaltsaufstellung und Haushaltsführung ermächtigt, durch Verordnung die Kommunen zeitweilig von folgenden Verpflichtungen freizustellen:

1. von der Verpflichtung, in einem Haushaltsjahr, in dem eine landesweite epidemische oder pandemische Lage festgestellt wird, ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen (§ 100 Abs. 3 bis 6),
2. von der Verpflichtung, mit der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung den Haushaltsplan mit seinen Anlagen an sieben Tagen öffentlich auszulegen (§ 102 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1),
3. von der Verpflichtung, dass über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen nur getätigt werden, wenn deren Deckung gewährleistet ist (§ 105 Abs. 1 Satz 1),
4. von der Verpflichtung, in einem Haushaltsjahr, in dem eine landesweite epidemische oder pandemische Lage festgestellt wird, eine mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung aufzustellen, jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen (§ 106),
5. von der Verpflichtung, während der Dauer einer festgestellten landesweiten epidemischen oder pandemischen Lage Kredite nur bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag aufzunehmen (§ 110 Abs. 1 Satz 1).

Das Vorliegen einer Lage nach Satz 1 stellt der Landtag fest. Die Feststellung gilt für drei Monate; sie kann bei Fortbestehen ihrer Voraussetzungen um jeweils drei Monate durch den Landtag verlängert werden. Der Landtag hebt die von ihm getroffene Feststellung wieder auf, wenn die Voraussetzungen

nicht mehr vorliegen. Die durch Verordnung nach Satz 1 Nrn. 1 und 4 erlassenen abweichenden Regelungen gelten auch nach der Aufhebung durch den Landtag nach Satz 4 bis zum Ablauf des Haushaltsjahres, in dem die Feststellung nach Satz 2 erfolgte, fort."

- b) Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden die Absätze 3 bis 5.

Artikel 2

Wahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt

Dem § 56 des Wahlgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Februar 2010 (GVBl. LSA S. 80), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Februar 2020 (GVBl. LSA S. 25, 36), wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Das für Wahlen zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Falle eines Ereignisses höherer Gewalt durch Verordnung von den Bestimmungen dieses Gesetzes über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu treffen, um soweit erforderlich die Durchführung der Wahl im Wege der Briefwahl zu ermöglichen, wenn der Landeswahlleiter zu einem Zeitpunkt, der näher als vier Monate vor dem Wahltag liegt, feststellt, dass die Stimmabgabe in Wahlräumen wegen einer Gefahr für Leben oder Gesundheit ganz oder teilweise unmöglich ist.“

Artikel 3

Kommunalwahlgesetz für das Land Sachsen-Anhalt

Das Kommunalwahlgesetz für das Land Sachsen-Anhalt

in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2004 (GVBl. LSA S. 92), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 18. Februar 2020 (GVBl. LSA S. 25, 39), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht erhält die Angabe zu § 68 folgende Fassung:

„§ 68 Verordnungsermächtigungen“.

2. § 68 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„§ 68
Verordnungsermächtigungen“.

- b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Das für Kommunalangelegenheiten zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Falle eines Ereignisses höherer Gewalt durch Verordnung von den Bestimmungen dieses Gesetzes über die Ausgabe von Wahlscheinen, die Stimmabgabe in Wahllokalen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu treffen, um soweit erforderlich die Durchführung der Wahl im Wege der Briefwahl zu ermöglichen, wenn der Landeswahlleiter im Hinblick auf diese Wahl feststellt, dass die Stimmabgabe in Wahllokalen wegen einer Gefahr für Leben oder Gesundheit ganz oder teilweise unmöglich ist.“

Artikel 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Magdeburg, den 2. November 2020.

Die Präsidentin des Landtages
von Sachsen-Anhalt

Der Ministerpräsident
des Landes Sachsen-Anhalt

Der Minister für Inneres
und Sport
des Landes Sachsen-Anhalt

Brakebusch

Dr. Haseloff

Stahlknecht